

Peter Helmes



Gesine Schwan -
im Netz der roten Spinne

**Gesine Schwan -
Im Netz der roten Spinne**

von Peter Helmes

Vorwort von Heinrich Lummer

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

Peter Helmes

**Gesine Schwan -
Im Netz der roten Spinne**

Vorwort von Heinrich Lummer
ehem. Innensenator und Bürgermeister von Berlin

2. Auflage Januar 2009
1. Auflage November 2008

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstr. 60
22083 Hamburg
Telefon: 040 - 299 44 01 - Telefax: 040 - 299 44 60
www.konservative.de - info@konservative.de

Druck:
SZ-Druck, St. Augustin

Inhaltsverzeichnis	Seite
Der Autor	7
Vorwort von Heinrich Lummer	9
Ein Albtraum	13
Nicht mit der Linkspartei?	14
Die umtriebige Kandidatin	15
Hin und Her in der SPD	17
Persilschein für die SED-Nachfolger	18
Werben bei Union und FDP	20
Traumbild von einem erfüllten Leben	22
Wahlkampf in eigener Sache	23
Das rot-rot-grüne Experiment	25
Eiskaltes Kalkül	27
Lenins nützliche Idioten	27
Daten aus dem Lebenslauf	29
Alexander Schwan	30
- A. Schwan und die Studentenrevolution	31
- Der Fenstersturz	33
Warum nur, Gesine Schwan?	36
Die Posaunen der SPD	42

Schwanengesänge	47
Die losgelöste Kanone	50
Brücken bauen – von Markt zu Marx?	51
Nervig, schrill und peinlich	53
„Prinz Philip“ Peter Eigen	54
Merkwürdige Spendenwerbung	55
Lauter Gutmenschen?	57
Eine krumme Überweisung	58
Eingeschränkt glaubwürdig	59
Gesine und der liebe Gott	60
Das „gerupfte Suppenhuhn“	62
Die Polen, die Vertriebenen und die „Buß- und Scham-Beauftragte“	63
- Polen-Blick	63
- Verhöhnung der Vertriebenen	65
- „Nachgeordnete Opfer“	67
- Für Deutsche keine Enteignungs-Entschädigung	76
Schwan? Nein, danke!	78
Der Herausgeber	79

Der Autor

Peter Helmes



Jahrgang 1943, Bad Hönningen (Rheinland). Nach „Mittlerer Reife“ und Kaufmannslehre Abendstudium von Volks- und Betriebswirtschaft, Marketing, Organisation und Philosophie. 1959 Eintritt in die CDU.

Zwischen 1969 und 1996 in führenden Positionen der Union tätig, u. a. als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Generalsekretär der Internationalen Jungen Christdemokraten und Konservativen, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Mit-Organisator der jährlichen Sternfahrten nach Berlin und der Protestkundgebungen zum „17. Juni“ und „13. August“ (Mauerbau) mit bis zu 20.000 Teilnehmern. Chefredakteur der Monatsmagazine „Die Entscheidung“ und „Mittelstandsmagazin“. Bei der Bundestagswahl 1980 Mitglied im Wahlkampfstab von Franz-Josef Strauß als Bundesgeschäftsführer der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“, aus der die „Konservative Aktion“ hervorging, die er gemeinsam mit Gerhard Löwenthal, Ludek Pachmann, Ludwig Eckes, RA Dr. Ossmann und Joachim Siegerist gründete und die die Vorläuferin der jetzigen „Deutschen Konservativen“ war.

Von Ende 1980 bis 1986 war er in der freien Wirtschaft tätig, als Hauptgeschäftsführer eines Dienstleistungsunternehmens mit rd. 400 Mio. DM Umsatz. Seit 1996 ist Helmes selbständiger Consultant für Politik und Verbände; zudem lehrt er seit 1991 ununterbrochen als freiberuflicher Dozent am

Verbände-Institut der Universität Freiburg (CH). Für seine „Verdienste um die europäische Integration“ erhielt er von Gaston Thorn (ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission)) den „Pour le Mérite Européen.“

Er ist Verfasser vieler Artikel und Bücher zu den Themen Europa, Gewerkschaften, Mittelstand und Politik und bei den Deutschen Konservativen Mitglied der Redaktion des Deutschland-Magazins/Deutsche Konservative Zeitung.

Bücher und Broschüren, die Peter Helmes bei den Deutschen Konservativen bzw. beim WPR-Verlag, Hamburg, veröffentlichte:

- „So macht der DGB den Staat kaputt“
- „Macht Kasse Genossen!“ (Über die finanziellen Verflechtungen von SPD, DGB und PDS)
- „Die Abzocker“ in Staat, Verbänden und Kassen
- „Fischer ohne Maske“ (eine Abrechnung mit den „68ern“ und Joseph Fischer, ehemaliger Steinewerfer und Außenminister)

www.Helmesconsulting.de; e-mail: Helmesconsulting@t-online.de

Vorwort

von Heinrich Lummer



Als Johannes Rau das von ihm lange ersehnte Amt des Bundespräsidenten endlich antreten konnte, gaben die Deutschen Konservativen e. V. eine Broschüre heraus mit dem Titel: „Johannes Rau – mein Präsident ist er nicht“. Allzu begierig war sein Streben nach der Position, allzu krumm waren seine Pfade dorthin. Auch Peter Helmes hat in seiner Publikation „Macht Kasse Genossen“ (ebenfalls Die Deutschen Konservativen) viele der Rankünen, Tricks und Täuschungen Raus schonungslos aufgezeigt. Bei beiden Publikationen war klar: „Mein“ Präsident konnte Rau nie sein.

Anders beim jetzigen Bundespräsidenten, Dr. Horst Köhler. Anfangs mit einiger Skepsis begrüßt – „reiner Finanzmann“, „Amerika-geprägt“, „politisch unerfahren“, hießen die Schlagwörter damals – hatte er sich schnell höchste Achtung in unserem Land erworben, Reformbereitschaft angemahnt und widersprochen, auch wenn es den Parteien (aller Couleur) manchmal mißfiel. Zuweilen unbequem, aber immer liebenswürdig. Ein Präsident für alle, volksnah, nie abgehoben – im besten Sinne populär. So beliebt, daß ihn die Deutschen am

liebsten im Amt behalten würden. Achtzig Prozent aller Bürger plädieren für seine Wiederwahl, selbst die Mehrheit der SPD-Mitglieder.

Doch die SPD-Spitze, unter Druck ihres linken Flügels und besonders der Linksaußen-Frontfrau Andrea Nahles, will eine Abwahl Köhlers, allen früheren Erklärungen zum Trotz. Dafür brauchte man eine Galionsfigur, die man rasch fand, weil sie sich selbst anbot. Nun schickt sich also eine Sozialdemokratin von Lafontaines Gnaden an, das höchste Amt in unserem Staate bekleiden zu können: Genossin Gesine Schwan.

Schwan? Dieser Name hat bei mir zunächst einen nur positiven Klang. Fast mein gesamtes politisches Leben ist mit Berlin verbunden und auch mit der Freien Universität, deren Höhen und Tiefen ich miterleben (und erleiden) durfte. Natürlich kennt jedermann das OSI, das Otto-Suhr-Institut für politische Wissenschaft, eine Kernschmelze der Studenten-Revolution der '68er. Nur wenige werden sich aber noch des Namens des Mannes erinnern, der wie kein anderer den Rebellen im wahrsten Sinne des Wortes die Stirn bot – Alexander Schwan. Seine Seminare und sein Lehransatz haben viele Studenten im Umgang mit politischen Ideen und Realitäten nachhaltig geprägt. Er, der zu den bedeutendsten Politikwissenschaftlern unseres Landes zählt, wagte es, mit hohem geistigem (und körperlichem) Einsatz den linksradikalen Studenten entgegenzutreten. Er wurde schikaniert, mißhandelt und bewußt mißinterpretiert. Ein liberaler Konservativer, der aus der SPD aus- und in die CDU übertrat, während seine Frau Gesine, auch Professorin am OSI, das schützende Bett der Sozialdemokraten nicht verlassen wollte.

Beide, Alexander und Gesine Schwan, haben sich in unzähligen Schriften mit dem Marxismus auseinandergesetzt, die Sozialisten – auch die in der SPD – bekämpft. Alexander

Schwans Gesundheit litt darunter, so sehr, daß er viel zu früh einem Krebsleiden erlag. Wenn ich mir heute die Gedanken und die philosophischen Werke des Ehepaares Schwan wieder vor Augen führe - Gedanken, die nach wie vor volle Gültigkeit haben -, will es mir nicht in den Kopf, daß ausgerechnet Gesine Schwan das Erbe ihres Mannes mit Füßen tritt. Wer sich in seinem ganzen wissenschaftlichen Leben dem Kampf gegen Marxisten und Sozialisten verschrieben hat, dem kann es doch wahrlich nicht in den Sinn kommen, gerade mit diesen Abenteurern zu paktieren.

Genau das aber tut Gesine Schwan, wenn sie um die Unterstützung der SED-Erben, die Links-Partei, buhlt. Ihre Argumentation, sie bräuchte die Stimmen der Linken nur vor der Wahl und nachher nicht mehr, ist unredlich; denn sie verdeckt, daß mit dieser Liaison ein neuer Rot-Ruck durchs Land geht. Es ist wohl so, wie Peter Helmes es treffend ausdrückt:

„Die Roten fühlen sich bei den Roten wohl.“

Wer sich jetzt mit Hilfe der Linken zur Bundespräsidentin wählen lassen will, kann nachher, vor der Bundestagswahl 2009, nicht sagen: „Mit solch einem Partner will ich nichts zu tun haben.“ Das ist Volksverdummung in unverschämter Weise!

Peter Helmes ist es gelungen, in der hier präsentierten Broschüre diese Zusammenhänge aufzuzeigen. Er legt die Charaktermerkmale Gesine Schwans ebenso frei wie die abenteuerlichen Winkelzüge der SPD. Niemand soll später sagen können, „das habe ich nicht gewußt“. Um es deutlich zu sagen:

Wer Gesine Schwan zur Bundespräsidentin wählt, will eine rote Republik.

Man muß nur in die „Eingeweide“ der SPD schauen, um zu erkennen, wie weit nach links Funktionäre und Basis bereits gerückt sind. Kurt Schumacher würde sich im Grabe rundrehen, könnte er sehen, wie seine Genossen soeben mit den von ihm zeit seines Lebens bekämpften „rotlackierten Faschisten“ gemeinsame Sache machen.

Eines darf ich jetzt schon vorschicken: Würde Gesine Schwan wirklich zur Bundespräsidentin gewählt, müßte ich wieder sagen: „Gesine Schwan? Meine Präsidentin ist sie nicht!“

Wer die vorliegende Arbeit sorgsam liest, wird Peter Helmes dankbar dafür sein, mit dazu beigetragen zu haben, daß uns diese Präsidentin erspart bleibt.

Heinrich Lummer

Berlin, im Oktober 2008

Ein Albtraum

Dem deutschen Volk droht ein bedrückendes Szenario: Es ist der 23. Mai 2009. Soeben hat die Bundesversammlung in Berlin Frau Professorin Dr. Gesine Schwan, seit gestern 66 Jahre alt, mit knapper Mehrheit zur neuen Bundespräsidentin gewählt – und den im Volk beliebten Amtsinhaber, Dr. Horst Köhler, abgewählt. Die Sprecherin der Linken in der SPD, Andrea Nahles, geht mit einem großen Strauß roter Rosen zu Frau Schwan, umarmt sie und gratuliert ihr. Die Vertreter von SPD, Grünen und „Linke“ erheben sich von ihren Plätzen. Beifall braust auf. Plötzlich stimmt der Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, mit etwas alterszitriger Stimme die „Internationale“ an, die Genossen stimmen mit ein, auch etliche Grüne, angeführt von Jürgen Trittin. Oskar Lafontaine tritt mit breitem Grinsen nach vorne. Er will eine Rede halten. Mit betroffenen Minen verlassen die Vertreter von CDU, CSU und FDP den Saal, einige wenige Grüne folgen. Lafontaine ruft ihnen nach: „Nun ist zusammengewachsen, was zusammengehört!“ Riesen-Applaus! Gesine Schwan steht daneben und lacht.

Alles nur ein Albtraum? Nein, es könnte noch schlimmer kommen. Geht es nach den linken Strategen in SPD und SED („Die Linke“), wird dieser Albtraum bald schreckliche Wirklichkeit. Vielleicht (noch) ohne die „Internationale“, aber die wird wohl bald das „Deutschlandlied“ als Nationalhymne ablösen.

Viele ausländische Beobachter im Westen betrachten teils mitleidig, teils fassungslos die tektonischen Verschiebungen der politischen Landschaft in Deutschland – nach links. Vor nicht einmal zwanzig Jahren wurden Mauer und Stacheldraht überwunden und das kommunistische Joch abgestreift – friedlich. Und nun streben, so scheint es, die Deutschen in

Scharen zurück zum „Paradies der Arbeiter und Bauern“ und zurück zu einer sozialistischen Einheitspartei aus SPD und „Linke“. Eine „bürgerliche“ Galionsfigur soll ihnen helfen, den Marsch in den Links-Staat zu ummänteln: Gesine Schwan, eine Frau, deren Biographie fast ideal das Such-Profil der Linken abdeckt, was später zu beweisen ist.

Nicht mit der Linkspartei?

Gehen wir einige Monate zurück ins Frühjahr des Jahres 2008. Die führenden Köpfe der SPD - ob Beck, Steinmeier, Steinbrück, Struck oder Heil - betonen immer wieder, daß Lafontaines Partei „Die Linke“ nicht politikfähig sei. Eine Zusammenarbeit mit ihr werde für die SPD *unter keinen Umständen infrage kommen*. Und doch kommt alles ganz anders.

Gesine Schwan war 2004 schon einmal Kandidatin der rot-grünen Koalition, die bei ihrer Bewerbung die Stimmen der PDS ohne Skrupel einrechnen konnte, zumal sie mit einigen Stimmen aus dem bürgerlichen Lager rechnete. Doch diesmal ist sie auf die Stimmen der Kommunisten angewiesen. Eine Frage schwebt im Raum, wird aber nicht ausgesprochen: Darf sich eine SPD-Kandidatin mit den Stimmen der SED/PDS/Die Linke zur Bundespräsidentin wählen lassen? CDU/CSU und die FDP hatten sich schon früh auf eine Wiederwahl Horst Köhlers festgelegt. Ein Erfolg der SPD-Kandidatin wäre also nur mit den Stimmen der Linken möglich. Hätte es der SPD nicht besser angestanden, ebenfalls Köhlers Wiederwahl zu unterstützen?

Die damalige Führungsschwäche der SPD wurde offensichtlich: Beck, Steinmeier, Steinbrück und Struck kapitulierten vor dem linken Flügel der Partei und auch vor der *„im Wortsinn unheimlich ehrgeizigen Kandidatin – gegen die implodierende eigene Überzeugung“*, wie der „Stern“ (stern.de, 11.06.2008) süffisant kommentierte. Und der Stern fragt weiter:

„Wem von den Vieren ist nun noch zuzutrauen, daß er einem Linksbündnis widersteht, falls das nach der Bundestagswahl mehrheitsfähig ist – und wieder eine Bewegung aus der Partei drängt? Was im Übrigen wäre eine Kanzlerkandidatur Steinmeiers noch wert, der doch nur taugt als Mann der Mitte und Kronzeuge für eine Absage an die Linke?“

Die SPD läuft also voll in die Glaubwürdigkeitsfalle, in der sie schon bis zum Hals seit der Ypsilanti-Krise steckt. Ypsilanti mit der Linken wählen und Gesine Schwan mit der Linken wählen, dann aber dem staunenden Wahlvolk verkünden, daß eine Koalition auf Bundesebene zwischen SPD und Linke ausgeschlossen sei – diesen entgeisternden Spagat wird selbst der dümmste Wähler der SPD nicht abnehmen. Spätestens hier stellt sich die Frage nach der politischen Moral der Handelnden. Dazu später mehr.

Die umtriebige Kandidatin

Eines sollte man nicht vergessen: Es war nicht nur die Führungsunfähigkeit in der SPD-Spitze, die die Kandidatur Gesine Schwans ermöglichte. Es war auch die Kandidatin selbst, die sich mit allen Mitteln in Erinnerung rief. Schon sehr früh, als über die Bundespräsidentenwahl noch nicht (offen) gesprochen wurde, hatte Schwan der SPD signalisiert, daß sie der Job nach wie vor interessiere. Es ist in Berlin kein Geheimnis, daß sie bei den Entscheidungsträgern der Partei intensiv Werbung für sich machte. Dabei überließ sie nichts dem Zufall. Sie, die nach außen die stille Beobachterin der Vorgänge spielte, telefonierte systematisch alle wichtigen Meinungsträger der SPD ab und unterstrich ihr Interesse an der eigenen Kandidatur. „Man hat es mit einer sehr umtriebigen Kandidatin zu tun“, stöhnte einer der Angerufenen. Sie nahm dabei in Kauf, etliche Genossen zu brüskieren, die eine Wiederwahl Köhlers als selbstverständlich ansahen. Dies wohlgerne nicht unbedingt aus Liebe oder Zuneigung zu

Köhler, sondern um einer dann erneut drohenden Debatte über eine Kooperation mit der Linken – und dem verhaßten Lafontaine – aus dem Wege zu gehen. Schon früh hatte der in der SPD inzwischen in Ungnade gefallene frühere „Super-Minister“ Wolfgang Clement vor einem Signal für ein rot-rot-grünes Bündnis gewarnt. SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck ließ an seiner Einstellung zu Horst Köhler keine Zweifel aufkommen: *„Ich habe an der Arbeit Horst Köhlers nichts auszusetzen. Er hat hohes Ansehen in der Bevölkerung. Was mir besonders imponiert: Er engagiert sich stark für Afrika. Das liegt auch mir am Herzen. Horst Köhler leistet da Beachtliches.“* Im März 2008 machte Struck seine Haltung noch deutlicher: *„Ich werde ganz sicher nicht die Stimmen der SPD, der Grünen, der Linken, der Republikaner, der DVU und der NPD in der Bundesversammlung zusammenrechnen, um auf eine Mehrheit zu kommen.“* Im Fraktionsvorstand der SPD ließ Struck sodann erkennen, daß er Beck zu einer Wiederwahl Köhlers rate. Andrea Nahles gab – „bedauernd“, wie es in Berlin hieß – ihre Einschätzung wieder, an der Unterstützung Köhlers durch die SPD-Spitze sei nicht mehr zu rütteln. „Köhler ist unser Mann“, hieß es also meist in der SPD.

Doch es lief anders. Allen Warnungen zum Trotz: Gesine Schwan wurde Kandidatin der SPD – und machte sich damit zur Marionette der Linkspartei. Die „Strategie“ der SPD, so überhaupt vorhanden, kann nur im Desaster enden. Parteistrategisch wäre eine rot-rot-grüne Bundespräsidentin der Knieschuß für die SPD, die Rotfront würde marschieren, Lafontaine samt Anhang wären die Nutznießer. Schlimmer noch, wir bekämen eine andere SPD, die dabei ist, geradewegs in die Knechtschaft der Links-Partei zu laufen.

Hin und Her in der SPD

So ließ die SPD jede Klarheit vermissen, nicht nur in der Bundespräsidentenfrage. „Verheerend sei der Eindruck, den die SPD mit dieser Debatte hinterlasse“. Und: „Wieder einmal werde ein Nebenkriegsschauplatz für wichtig genommen. Die chaotische Kandidatenkür zeige, daß der SPD ein strategisches Zentrum fehle.“ So oder ähnlich lauteten die Kommentare aus den Gremien der SPD. Zu recht; denn was diese Partei in letzter Zeit ihren Anhängern an Hin und Her zumutet hatte, konnte kaum noch jemand nachvollziehen:

„Ja“ und „nein“ zu einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei vor der Hamburg-Wahl; „ja“ und „nein“ zur Zusammenarbeit mit der Linken in Hessen; „ja“ und „nein“ zum Empfang des Dalai Lama; „ja“ und „nein“ zu einem Steuer- und/oder/oder nicht Abgaben-Konzept; „ja“ und „nein“ zur Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten; „ja“ und „nein“ zu Horst Köhler. Welch ein Chaos-Haufen ist aus der einst stolzen SPD geworden?

Die Historie wird bald beweisen, welche Schuld sich die SPD mit ihrer Taktik in der Präsidentenfrage auflädt. Die Annäherung an die Links-Partei erinnert an die längst vergessen geglaubte Zwangsvereinigung von SED und SPD zu Beginn der „DDR“. Daß sich eine renommierte Marxismus-Kennerin wie Gesine Schwan auf ein solches Wagnis einläßt, muß andere als rationale Erklärungen haben. Sie ist, der bürgerlichen Fassade zum Trotz, ein Wolf im Schafspelz – wie sich zeigen wird.

Persilschein für die SED-Nachfolger

Eine kleine Nebenbemerkung sei gestattet: Es ist schon recht merkwürdig, daß alle Welt nichts dabei zu finden scheint, die SED-Erben ganz selbstverständlich in die Überlegungen zur Präsidentenwahl mit einzubeziehen. Man stelle sich aber ´mal vor, die CDU oder gar Horst Köhler selbst würden um die Stimmen von NPD und DVU werben. Ein Aufschrei aller „Anständigen“ ginge durchs Land – und Köhler hätte keinerlei Chancen mehr auf eine Wiederwahl. Wo bleibt dieser Aufschrei bei den Nachkommen der Mauer- und Stacheldraht-Erbauer, den Nachfahren der anderen deutschen Diktatur des zwanzigsten Jahrhunderts? Ist es nicht unerträglich, daß eine mit Stimmen der Linkspartei gewählte Bundespräsidentin ihre Wahl vielleicht denen - und darunter eventuell einigen Tätern von damals - zu verdanken hat, die in der Geschichte ihrer Partei schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben? Doch Frau Schwan schreibt im „Vorwärts“ ganz unbekümmert:

„Ich hätte mich nicht zur Kandidatur bereit erklärt, wenn es nicht eine reale Chance gäbe, daß ich gewählt werde. Dazu brauche ich die Unterstützung aus allen Parteien – allerdings mit Ausnahme der NPD und der DVU, deren Unterstützung ich weder erwarte noch will und die sich auch schon öffentlich gegen mich ausgesprochen haben. Ich brauche aber die Unterstützung aus der Partei „Die Linke“. Sie ist in der Folge der – von mir immer noch als großes Glück empfundenen – Wiedervereinigung Deutschlands zum einen und der schwierigen Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung zum anderen entstanden, für die alle Parteien Antworten suchen müssen, die unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität entsprechen...(…) Wer mich wählt, hat sich für konstruktive demokratische Politik entschieden. Ich

möchte möglichst viele Mitglieder und Abgeordnete der „Linken“ für die Demokratie gewinnen...“

Im „Spiegel“ äußert sie gar: „Ich finde, wir sollen die Stasi-Mitgliedschaft nicht als das einzige Unmoralische in der Nation darstellen“. Aufgepaßt: Sie sagt doch tatsächlich „Mitgliedschaft“ – als ob es um einen Fußballverein ginge.

Die Linkspartei wird sich wohl bei Frau Schwan für diesen „Persilschein“ bedanken dürfen. Und die SPD? Gleichgültig, aus welchen Gründen sie die Kandidatin Schwan bestimmt hat, sie hat offenbar ein sicheres Gespür dafür entwickelt, von einem Fettnäpfchen in das nächste zu treten. Und wenn die SPD und ihre Kandidatin jetzt auch noch um die Mithilfe der Linkspartei buhlen, wird aus dem Fettnäpfchen ein großer Fettnapf.

„Man kann den Rechtsstaat nicht konsequent schützen, wenn man von einer Partei abhängig ist, die den Rechtsstaat nicht schützen will.“ (Roland Koch)

Roland Koch drückt es deutlich aus: Gesine Schwan sei „Symbol für das rücksichtslose Streben nach einer linken Mehrheit“. Ihr Verhalten sei „Sinnbild für das, was viele als charakterlichen Verfall der Politik“ bezeichnen. Koch: *„Es ist halt nicht egal, von wem man gewählt wird – und gerade Bundespräsidentenwahlen waren häufig Weichenstellungen. Das wissen Frau Schwan und Herr Beck – und das wollen sie offenbar.“* Koch hielt der SPD vor, sie habe für die Bundestagswahl 2009 ihr Ziel aufgegeben, in der großen Koalition auf Augenhöhe mit der Union zu kämpfen. *„Sie stellt sich auf Ergebnisse um zwanzig Prozent ein und hofft, daß es gemeinsam mit der Linkspartei und den Grünen für eine linke Mehrheit reicht.“* (Morgenpost 31. Mai 2008)

Werben bei Union und FDP

Gesine Schwan – man ahnt es – will selbstredend auch um Stimmen aus Union und FDP werben. „Potentielle Wähler aus Union und FDP können ja frei entscheiden, ob sie sich in meinen Positionen wiederfinden“, meint sie. Und so werde sie „zum Beispiel darauf hinweisen, daß eine Bundespräsidentin Chancen hat, vermittelnd und moderierend einen weiblichen Politikstil zu prägen“.

So sieht sie auch „Schnittmengen“ zwischen der sozialdemokratischen und der liberalen Tradition: „Denken Sie an die Themen Bildung und Bürgerrechte.“ Ein Zuckerle für die Union hat die Kandidatin auch parat. Sie mache keinen Hehl daraus, daß ihre Politik aus dem Glauben an Gott begründet sei. „Da fühle ich mich vielen in der CDU/CSU durchaus nahe – und die empfinden das auch so“. Was wiederum die damalige Generalsekretärin der CSU, Christine Haderthauer, auf die Palme treibt: „Das kann sich Schwan abschminken – niemand aus der Union wird eine Kandidatin unterstützen, die offen um die Stimmen der Linken wirbt“. Die Art und Weise, wie Schwan Wahlkampf führe, schade „dem Ansehen des höchsten Staatsamtes“.

Im „Bayernkurier“ (31. Mai 2008) wird Harderthauer deutlicher:

„Es ist ein Skandal: Ausgerechnet das Amt des Bundespräsidenten benutzt die SPD, um die Zusammenarbeit mit der Linken voranzutreiben. Möglich wurde das, weil Parteichef Kurt Beck die Kontrolle über seine Partei verloren hat. Die Linke treibt ihn vor sich her. Beck hat mehrfach erklärt, daß er Horst Köhlers Wiederwahl unterstützen will. Doch seine Stellvertreterin Andrea Nahles hat ihn eiskalt ausgebremst. Sie hat den Plan mit den Linken ausgeheckt. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Alt-Kommunisten soll Gesine Schwan

zur Bundespräsidentin gewählt werden. Eine Partei, die zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet wird, soll über das höchste Staatsamt mitentscheiden. Die Bundesversammlung soll zur Probe für die rot-rot-grüne Koalition im Bund werden. Es ist unglaublich, wie dreist die SPD dabei vorgeht. Gesine Schwan fordert die SPD auf, sich von der Linken zu distanzieren, um im gleichen Atemzug Gespräche mit Gysi und Lafontaine anzukündigen. Auch die Tatsache, daß 85 Prozent der Menschen in Deutschland, auch die Mehrheit der SPD-Anhänger, mit der Arbeit von Horst Köhler zufrieden sind, schert die Genossen nicht...“

Was bewegt eine kluge Wissenschaftlerin wie Gesine Schwan dazu, sich erneut um das höchste Amt im Staat zu bewerben – wohl wissend, daß sie dabei auf die Stimmen der von SED über PDS in „Die Linke“ umbenannten Partei angewiesen ist? Wie tief muß jemand sinken, all seine vorgegebenen Werte, ja seine eigene Biographie zu verraten, nur um Bundespräsidentin zu werden? Ausgerechnet sie, die sich stets als Antikommunistin ausgegeben und harte Kämpfe gegen den linken Flügel der SPD ausgetragen hat? Sie läßt sich gefallen, daß Gysi sie wochenlang zu einem von ihr angestrebten Gesprächstermin hinhält, bezeichnet aber ganz nebenbei Lafontaine falsch als „Demagogen“. Was nach unklarer, verwirrender Linie aussieht, ist das Ergebnis einer Schwan'schen Mischung aus übersteigertem Ehrgeiz und Geltungssucht bis hin zu Profilneurose und – eiskaltem Kalkül. Sie will mit allen Mitteln Bundespräsidentin werden. Mit allen Mitteln – „Vergessen“ ihrer (längst über Bord geworfenen) Ideale inklusive.

Das „Traumbild von einem erfüllten Leben“

Wer ist diese Frau, die jetzt mithilft, unseren Staat den Marxisten zu übereignen? In der Artikel-Serie „Ich habe einen Traum“ („Zeit online“, 34/2006)) schreibt sie z. B. „...Wenn ich mich heute frage, wie das *gute* Leben aussieht, kann ich sagen: Das lebe ich jetzt. (...) Wenn ich mir ein Bild vor Augen rufe für dieses *gute* Leben, dann sehe ich Szenen bei uns zuhause: Essen mit der Familie am Sonntagabend, mein Mann und ich waren vorher vielleicht im Schlachtensee schwimmen, Kinder und Freunde sind zu Besuch, wir blicken in dieses üppige Gartengrün, auf dem Tisch stehen Gläser mit Rotwein. Das ist ein Traumbild von einem erfüllten Leben – und für mich ist es jetzt auch die Wirklichkeit“ (Kursiv-Setzungen von G. Schwan, d. Verf.)

Rosmunde Pilcher läßt grüßen, und manch ein Hartz IV-Empfänger wird sich so seine Gedanken machen. Übrigens, solches Gesülze von Bundespräsident Horst Köhler vernehmen zu können, erscheint undenkbar.

Das Beispiel zeigt aber auch, wie gerne Frau Schwan ihr Inneres nach außen kehrt und alle Welt an ihren Empfindungen teilhaben läßt. Doch bleiben wir zunächst bei der Kandidatur:

Wahlkampf in eigener Sache

Kaum war Schwan zur Kandidatin gekürt, tut sie, was sie am liebsten tut: Sie sucht überall und jederzeit „die Öffentlichkeit“. Sie gibt Interviews, Erklärungen, drängt ins Fernsehen, hält Vorträge, ist immer ansprechbar - sozusagen „Frau Gesine Überall“. Verbindliches oder Unverbindliches, Privates oder Politisches, Gewolltes oder Gedrängtes? Egal, Hauptsache, es steht „Schwan“ drauf. Nein, sie muß nicht zur Jagd getrieben werden. Am liebsten treibt sie selbst - vor allem ihre eigene Kandidatur voran. „Ich, Gesine Schwan, ich kann es“ – so könnte ein typischer Satz von ihr lauten. Sie kann sogar erklären, wie „Sozialismus in der Demokratie“ funktionieren kann (und hat schon 1962 ein Buch darüber verfaßt). Und natürlich kann sie in zwei Sätzen umreißen, warum man zum Beispiel **„Marx, aber in Maßen“** braucht! Es fällt schwer, die Schwan in eine politische Schablone zu stecken. Mal verteidigt sie den demokratischen Sozialstaat gegen die Linken – und wird dafür als „rechts“ gescholten. Dann will sie den soeben verteidigten Sozialstaat gegen die böse Globalisierung retten, was sie zu einer „Linken“ macht. Gleichzeitig räumt sie ein, sie müsse sich „Hartz IV noch einmal genau angucken“. Auch wenn ihr - was selten vorkommt – zu einem Problem wenig einfällt, erklären kann sie’s dennoch, wie sich am Beispiel Globalisierung festmachen läßt: „Wir haben eben kein Gewaltmonopol im Weltmaßstab. So ist die Realität. Also müssen wir Allianzen schmieden, mit denen wir Regeln für den internationalen Markt festsetzen...“, erläutert sie.

„Allianzen schmieden“? Auch mit der SED/Linke? Man wird hier wohl fragen dürfen. Und eine andere Frage muß Gesine Schwan selbst beantworten: Was ist, wenn sie in der Bundesversammlung scheitert? Dann hätten sie als Person sowie die SPD als Partei ein Fiasko erlitten und obendrein, offenbar ohne Skrupel, den amtierenden Bundespräsidenten beschädigt. Aber das scheint Gesine Schwan nicht zu

kümmern. Der Mensch im Mittelpunkt der Gesine Schwan heißt – Gesine Schwan. Eitelkeit ist ihr Motor, Bescheidenheit würde da nur stören.

„Es ist alles ganz eitel, sprach der Prediger, es ist alles ganz eitel.“ (Prediger 1,2)

Und so scheut sie sich auch nicht, Wahlkampf in eigener Sache zu machen. Obwohl die Verfasser unseres Grundgesetzes genau dies verhindern und ganz bewußt das Staatsoberhaupt aus dem parteipolitischen Gerangel heraushalten wollten. Gerade darum wird der Bundespräsident nicht direkt gewählt, was einen Wahlkampf provozieren und jedwedem Populismus Vorschub leisten würde. Nun stehen die Weichen anders. Jetzt geht es bei der Präsidentenwahl vordergründig um „politische Signale“, um Deutungshoheit über die Wege der deutschen Politik. Und die, glaubt Gesine Schwan, kann niemand so gut erklären wie sie. Also wird sie jede Gelegenheit nutzen - oder herbeireden -, sich dem Volke zu präsentieren und „populär“ zu machen. Die „vornehme Zurückhaltung“, die das Amt gebietet, verbleibt allein dem Amtsinhaber, der sich damit wohltuend von der schrillen Gegenkandidatin abhebt.

Im Deutschlandfunk sprach sie ganz unbescheiden von sich schon als der „*künftigen Bundespräsidentin*“ – gleich viermal in einem Interview. Sie machte diesen Fauxpas auch durch ihre Klarstellung nicht besser, sie habe sich dreimal als „*mögliche* zukünftige Bundespräsidentin“ bezeichnet, nur beim vierten Mal das „*mögliche*“ unterschlagen. Im Abdruck des Hörfunk-Interviews kann man nachlesen, was sie wirklich gesagt hat, und dort kommt diese Einschränkung nicht vor. Was ist das? Charakterschwach oder karrieregeil?

Schwan's Ehrgeiz ist unbändig, unerträglich. Sie will ins Bundespräsidialamt. „Ja, ich will das Amt. Ich will es wirklich!“ Oder: „Ich tu's mit Lust.“ Oh, wie wohl die Worte fließen...und an Gerhard Schröder erinnern, der weiland an den Toren des Kanzleramtes rüttelte und rief: „Ich will da rein!“ Wo Schröder endete, weiß inzwischen jeder: in Putins Armen.

Das rot-rot-grüne Experiment

Und so wie Schröder einstmals das rot-grüne Experiment startete, könnte mit Schwan's Kandidatur die neue rot-rot-grüne Phase eingeleitet werden. Die zur Präsidentenwahl notwendige Zusammenarbeit mit der Links-Partei wird, zumindest psychologisch, eine neue Koalition aus SPD, Grünen und Links-Partei vorbereiten. Die antikommunistischen Positionen der Wissenschaftlerin Schwan stünden dazu nicht einmal im Widerspruch, eher im Gegenteil, sie wären der SPD ein willkommenes Feigenblatt, mit dem sie beweisen könnte, „gar nicht so links“ zu sein. In den Augen vieler SPD-Spitzenleute ist Schwan auch für die „bürgerliche Mehrheit“ der Bundesversammlung wählbar. Später, bei einem knappen Ausgang der Bundestagswahl im Jahre 2009, sei man dann „leider“ gezwungen, sozusagen aus der Not heraus, die Linkspartei mit ins Boot zu nehmen.

Dementsprechend „entrüstet“ hat die SPD die Forderung des FDP-Vorsitzenden Westerwelle zurückgewiesen, auf eine Kandidatur von Gesine Schwan für das Amt des Bundespräsidenten zu verzichten. „Wer so etwas fordert wie Herr Westerwelle, dem fehlt die demokratische Reife“, posaunte SPD-Vorstandsmitglied Scheer (in der FTD v. 16.09.08). Westerwelle hatte seine Forderung damit begründet, die SPD könne nicht eine Koalition mit der FDP ins Auge fassen und

gleichzeitig versuchen, den bewährten Bundespräsidenten Horst Köhler „mit der Hilfe von Kommunisten und Sozialisten“ aus dem Amt zu drängen. Scheer legte nach: „Sich von einer kleinen Partei erpressen zu lassen, das kommt überhaupt nicht infrage. Herrn Westerwelle schwillt wohl mal wieder der Kamm.“ „Kleine Partei“? Die SPD liegt nach all ihrem Hickhack zum Zeitpunkt der Äußerungen Scheers bei Meinungsumfragen gerade mal zwischen 20 und 24 Prozent. Die Wähler haben nicht vergessen, daß die Kandidatur Schwans aus der Not der SPD geboren wurde – tief gefallen, gedemütigt, kopflos. Aber es solle niemand glauben, das neue Führungs-Duo Steinmeier/ Müntefering habe diese Schwäche nicht erkannt. Deren Geschick und strategisches Gespür gehen viel weiter als das des eher überforderten Kurt Beck. Zwischentöne bei Müntefering lassen bereits eine vorsichtige Distanz zur „Agenda 2010“ erkennen, was eine „leise“ Annäherung an die Links-Partei einschließt. Dem wird Steinmeier nicht nachstehen. Beide, Müntefering wie Steinmeier, sind eher geeignet für eine „Öffnung nach links“ – und man darf nicht übersehen, daß es in der SPD-Bundestagsfraktion um die hundert dem linken Flügel zuzurechnende Abgeordnete gibt, ganz zu schweigen von der offensichtlichen Links-Mehrheit an der Basis. Gerade weil Müntefering und Steinmeier nicht im Verdacht stehen, ideologisch auf der Seite der Linken zu stehen, besitzen sie mehr Bewegungsraum, den Weg nach links zu gehen, zumindest werden sie ihn argumentativ besser, geschmeidiger verteidigen können. Dieser Gedanke mag nur dem absurd vorkommen, der die verschlungenen Berliner Politikpfade nicht kennt. Und zu solchen Überlegungen paßt Gesine Schwan wie gerufen. Mit ihrer Kandidatur setzen sie und die SPD ein eindeutiges Signal: *Die Roten fühlen sich bei den Roten wohl.*

Eiskaltes Kalkül

Das eiskalte Kalkül der neuen SPD-Führung liegt auf der Hand: Man weiß, daß zu linke Spitzenkandidaten derzeit dem Volke (noch) nicht zu vermitteln sind. Das gilt für die Kandidaten zum Bundespräsidenten wie auch die zum Bundeskanzler. Andrea Nahles hat das erkannt, aber als politisches Alphanier auch die Chance entdeckt, die in der maroden Situation der SPD steckt. Zunächst mußte Beck weg. Das gelang, wenn auch menschlich unanständig. Aber Moral ist in der SPD schon lange nicht mehr eine hohe Tugend. Um Beck zu ersetzen, stand das Duo Müntefering/Steinmeier längst bereit. Damit zeigt sich bereits die Aufstellung zur Bundestagswahl im nächsten Jahr. Ein Bundeskanzler muß führungs- und willensstark sein, ein(e) Bundespräsident(in) muß repräsentieren können. Steinmeier als Bundeskanzler-Kandidat erfüllt die Voraussetzungen, die in der SPD gefordert sind. Niemand weiß, wo er wirklich steht, aber er ist vorzeigbar. Den Strategen gibt Franz Müntefering, die funktionstüchtige Allzweckwaffe der SPD, der für die Partei jede Richtung „verkaufen“ kann.

Lenins nützliche Idioten

Blieb nur noch das Problem Bundespräsidenten-Kandidatur. Um den überaus beliebten Amtsinhaber Horst Köhler aus dem Amt wählen zu können, brauchte die SPD eine Person, die dem Volke vermittelbar war, aber dem Weg nach Links nicht im Wege steht. Und an diesem Punkt kreuzten sich die Eitelkeit und Karrieresucht der Gesine Schwan mit den politischen Weichenstellungen nach links in der SPD. Schwan übernimmt als bürgerliche Galionsfigur sozusagen die Rolle des „nützlichen Idioten“ – frei nach Lenin. Ein Geschenk für die SPD; denn Gesine Schwans Vita beeindruckt jede brave Seele in unserem Lande. Ihre Biographie deckt fast ideal das Suchprofil der SPD ab, zumal sie als Professorin immer wieder

ihre antimarxistische Haltung herausgekehrt hat: 65 Jahre alt, katholisch, aber in einem „sozial engagierten“ Elternhaus aufgewachsen, das in der Nazi-Zeit zu protestantischen und sozialistischen Widerstands-Kreisen gehörte und, wie es sich gehörte, ein jüdisches Mädchen versteckt hatte – eine Melange, die nahezu jedem etwas bietet.

Die SPD brauchte dringend ein „bürgerliches“ Mäntelchen, mit der die Weichenstellung nach links verdeckt werden sollte. Hätte sie die Wiederwahl Horst Köhlers unterstützt, hätte sie „links“ nicht Flagge zeigen können – und ein Schwenk nach der Bundestagswahl 2009 hin zur Linkspartei wäre dem Volke noch schwerer vermittelbar gewesen. So kam Gesine Schwans Ehrgeiz der SPD gerade zurecht, zumal ihr Lebenslauf alle Links-Verdächtigungen auszuräumen scheint:

Daten aus dem Lebenslauf der Gesine Schwan

Gesine Schwan wurde am 22. Mai 1943 in Berlin als Tochter des späteren Oberschulrates Hans R. Schneider geboren – die Mutter arbeitete als Fürsorgerin - und besuchte von 1953 bis 1962 (Abitur) das Französische Gymnasium in Berlin. Sie studierte von 1962 bis 1970 Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politische Wissenschaft in Berlin und Freiburg (Breisgau). Es folgten Studienaufenthalte in Warschau und Krakau zur Vorbereitung ihrer Dissertation über den polnischen Philosophen Leszek Kolakowski, über den sie 1970 promovierte („Leszek Kowalkowski: Eine politische Philosophie der Freiheit nach Marx“).

Ihre wissenschaftlichen Stationen: 1971 Assistenz-Professorin am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. 1975 Kumulative Habilitation mit zwei Buchmanuskripten: „Die Gesellschaftskritik von Karl Marx, Philosophische und politökonomische Voraussetzungen“ (1974) und „Sozialdemokratie und Marxismus“ – zusammen mit Alexander Schwan, ebenfalls 1974. Ab 1977 wirkte sie als Professorin für Politikwissenschaft im Fachbereich Politische Wissenschaft an der FU Berlin, wo sie von 1993 – 1995 auch das Amt der Dekanin wahrnahm. Seit Oktober 1999 wirkte sie als Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, ein Amt, das sie entsprechend dem Brandenburgischen Hochschulgesetz aus Altersgründen im September 2008 aufgeben mußte.

In der SPD war Gesine Schwan schon früh (seit 1970) aktiv und z. B. Mitbegründerin des (rechten) „Seeheimer Kreises“, der in den 1970er Jahren vor allem neomarxistischen Positionen in der SPD entgegentrat. Zu Beginn der 1980er Jahre setzte sie sich für den NATO-Doppelbeschluß ein und kritisierte die „laxe Art und Weise“, wie die SPD mit kommunistischen Regimen umginge. Dadurch verlor sie 1984

ihren Sitz in der Grundwerte-Kommission der SPD, den sie seit 1977 innehatte, wurde aber 1996 erneut wieder aufgenommen.

2004 war sie Kandidatin von Rot-Grün für die Bundespräsidentenwahl und unterlag Horst Köhler (mit 604:589 Stimmen). Seit Januar 2005 ist sie „Koordinatorin der Bundesregierung für die grenznahe und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Polen“.

Gesine Schwan erhielt zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen, darunter 1993 das Bundesverdienstkreuz, 2002 das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, 2004 den Jahrespreis des Vereins der Berliner Auslandspresse e. V., 2005 den „Toleranz-Preis“ der Ökumenischen Stiftung Toleranz in Warschau und 2006 den „Schader-Preis“ der Schader-Stiftung Darmstadt, die höchstdotierte Auszeichnung für Gesellschaftswissenschaftler in Deutschland.

Alles in allem fürwahr eine stolze Vita, die eigentlich keinen Raum für Profilineurose freiläßt. Doch sie scheint Gesine Schwan wohl nicht auszureichen. Die Krönung ihrer Laufbahn muß das Bundespräsidialamt sein!

Alexander Schwan

Vielleicht ist eine Erklärung für die Profilsucht der Schwan in ihrem allzu früh an Krebs verstorbenen ersten Ehemann Professor Dr. Alexander Schwan zu suchen, einem der renommiertesten Politikwissenschaftler Deutschlands, der ihre wissenschaftliche Arbeit entscheidend geprägt hat. Der 1931 geborene Alexander Schwan war von 1966 bis zu seinem Tod 1989 ordentlicher Professor an der FU Berlin, wo er sich teilweise heftigsten Angriffen der „68er“ aussetzte. Sein besonderes Interesse galt der aristotelischen und aufklärungstheoretischen Grundlegung eines freiheitlichen Politikverständ-

nisses. 1967/68 war er Geschäftsführender Direktor (Dekan) des interfakultären Otto-Suhr-Institutes (OSI) an der FU Berlin – an der auch Gesine Schwan lehrte - und seit 1969 mehr als zehn Jahre Mitglied des Akademischen Senats. Er wirkte an der Vorbereitung aller Berliner Hochschulgesetze, des Hochschulrahmengesetzes und dessen Novellierung mit. Er war Mitglied des von den Linken in Hochschule und Medien heftig bekämpften „Bund Freiheit der Wissenschaft“, der – 1970 gegründet – sich für die Freiheit von Forschung und Lehre einsetzte, die die Gründer durch die im Zuge der Studentenbewegung entstandene Politisierung der Universitäten bedroht sahen. Gleichfalls war A. Schwan Mitbegründer der „Liberalen Aktion“ (1971), einer hochschulpolitischen Gruppe an der FU Berlin. Insbesondere aufgrund der Auseinandersetzungen um das Berliner Hochschulgesetz trat A. Schwan 1978 von der SPD zur CDU über, während seine Frau Gesine Mitglied der SPD blieb.

Seit Ende der 1960er Jahre befaßte sich A. Schwan intensiv mit den damals neu aufkommenden marxistischen Strömungen, die er höchst kritisch auf ihre Pluralismus- und Demokratiefähigkeit prüfte. A. Schwan ging es vor allem um die Bestimmung der materialen ethischen Gehalte und verfassungspolitischen Strukturmerkmale der pluralistischen Demokratie und um die Klärung ihrer philosophischen Voraussetzungen – in komparatistischer Abgrenzung zu autoritär-totalitären politischen Systemen, zur radikalen Demokratie und zu anarchistischen Richtungen.

Alexander Schwan und die Studenten-Revolution

Spätestens damit hatte er die gesamte „Studenten-Revolution“ am Hals. Er wurde zur Haßfigur der „68er“, die gerade am Berliner OSI ihren Stammsitz verortet hatten. Und Alexander Schwan wich nicht aus, sondern ging in den Angriff über. In einem höchst lesenswerten Interview mit der „Welt“ (1972) geißelt er die Entwicklung an den Universitäten:

„...Eine gewisse Enttäuschung kann ich nicht leugnen. Wir verzeichnen ein starkes Vordringen der linksradikalen Kräfte an der FU, und außerdem war es nicht möglich, die Liberalen unter den Hochschullehrern, Assistenten und Studenten in der Weise zu aktivieren, wie es nötig gewesen wäre, um eine demokratische Hochschulreform funktionsfähig zu machen. Entscheidend ist vor allem, daß die antiautoritär-radikal-demokratischen Linken von einst sich inzwischen zu dogmatischen Kommunisten entwickelt haben, die alle Mittel anwenden, um in der FU machtpolitisches Terrain zu gewinnen: das Mittel der Gremienarbeit, das der massiven Einflußnahme hinter den Kulissen wie auch, wenn sie damit nicht weiterkommen, das der Sprengung der demokratisierten Gremien. Sie haben dabei erhebliche Erfolge zu verzeichnen. (...)

Diese Kräfte haben ganz eindeutig erklärt, daß sie die Beseitigung der sogenannten bürgerlichen Wissenschaft anstreben sowie die Etablierung eines rein marxistischen Studiums und der indoktrinierenden Lehre. Überall dort, wo sie die entsprechende Stärke gewonnen haben, sind sie auch aktiv gegen „bürgerliche“ Lehrveranstaltungen vorgegangen, haben versucht, „bürgerliche“ Wissenschaftler an den betreffenden Instituten zurückzudrängen (...), nicht zuletzt am Otto-Suhr-Institut.“

In der Tat, alleine durch Neuschaffung von „Gremien“ aller Art gelang es den Studenten, den Lehrbetrieb zu lähmen. Ursula Besser, ehemalige Stadtälteste von Berlin und bekennende Konservative, erinnert sich:

„Erklärtes Ziel war die Abschaffung der letzten anerkannten Autoritäten im Staat – der Hochschullehrer und Lehrer. Mit den Stimmen von SPD und FDP sah das Berliner reformierte Hochschulgesetz die Einteilung der Hochschulangehörigen in vier Gruppen – quasi wie Stände – vor: in die Gruppe der

Hochschullehrer, die der Assistenten, die der Studenten und die der anderen (nichtwissenschaftlichen) Mitarbeiter. Diesen Gruppen oblagen alle Entscheidungen über Forschung, Lehre, Personal, Finanzen und Struktur, unabhängig davon, ob sie Ahnung von der Materie hatten und egal, ob sie als Hausmeister oder Professor tätig waren. Entscheidungen fielen (in geheimer Abstimmung) grundsätzlich mehrheitlich. Das führte z. B. dazu, daß nicht einmal Straftaten unter Hochschulangehörigen – auch Gewalt gegen Personen – von Staats wegen geahndet werden konnten, weil die Mehrheit in der Hochschule staatsunabhängiges Recht über ihre eigenen „Ordnungsausschüsse“ für sich in Anspruch nahm...“

Der Fenstersturz

Der Druck der radikalen Studenten auf Professoren wurde immer stärker und schreckte auch vor Gewalt nicht zurück. Viele Hochschullehrer schwiegen unter dem unmittelbaren psychischen und physischen Druck, dem sie sich ausgesetzt sahen. Prof. Dr. Gerd Langguth, ein intimer Kenner der Historie der „68er“ (und ehemaliger Bundesvorsitzender des RCDS) zitiert in seinem Buch „Protestbewegung am Ende – die neue Linke als Vorhut der DKP“ 1971 einen Zeitzeugen, der eindringlich die Situation an den Hochschulen schildert, die sich Alexander Schwan und seinen Kollegen bot:

„....Einbrüche in die Dienstzimmer von Professoren, Entwendung von Akten und Prüfungsunterlagen, Bombendrohungen, Besetzung von Lehrstühlen: Solche Schritte charakterisieren die Atmosphäre. Selbst die Einsperrung von Professoren über Nacht in ihren Dienstzimmern hat diese nicht veranlassen können, Anzeige zu erstatten. Die gleiche unverständliche Zurückhaltung legten manche an den Tag, wenn mit Terrorakten gegen Angehörige ihrer Familie gedroht wurde...“

Soweit der Zeitzeuge. Gerd Langguth selbst schreibt weiter in seinem Buch:

„Besonders unter dem Eindruck linksradikaler Aktionen steht in Berlin das Otto-Suhr-Institut (OSI), in dem kollektiver Psycho-terror gegen einzelne Lehrende durchaus keine Seltenheit ist. Eine „Grundstudienorganisation“ (GSO) hat sich dort die politische Indoktrination speziell von erstsemestrigen Studenten zur Aufgabe gemacht. Unter dem Motto „Jagt die Schweine raus“ wurde Politologie-Professor Alexander Schwan (...) in einer „Zeitung der Sozialistischen Schweinejagd-Lehr- und Lerneinheiten-Kampfgruppe der GSO“ angegriffen: ‚Bündnispartner des Proletariats sein, heißt nicht, sich Bündnisse auszumalen, sondern die Feinde des Proletariats dort bekämpfen, wo wir sie treffen – Schwan treffen wir fast täglich!‘

Gemäß der Aufforderung „Jagt die Schweine raus!“ erschien am 24. Juni 1971 in einem von etwa 25 Zuhörern besuchten Seminar von Prof. Schwan und anderen Dozenten mit der Problemstellung ‘Theorie und Praxis der Demokratisierung als Aufgabe einer emanzipatorischen Politikwissenschaft’ eine etwa hundertköpfige Schlägertruppe der ‘Grundstudienorganisation’. Die ‘Reformsozialisten’- eine Gruppe von rechten Sozialdemokraten und halblinken Liberalen, die der Vormacht der verbohrt Linken am OSI entgegenzutreten versuchte - verurteilten in einem Flugblatt diese ‘Sozialistischen Schweinejagd-Kampfgruppen’ und schilderten die Aktionen der 100 Sympathisanten und Mitglieder der Grundstudienorganisation wie folgt: ‘Sie warfen Eier auf die Seminarteilnehmer. Sie verspritzten Parolen: Schwan gleich Schwein; Schwan raus u. ä. Teile von ihnen forderten lauthals, Schwan sollte aus dem Fenster geworfen werden. Andere meinten, dafür sei die Zeit noch (!) nicht reif. Bezeichnend, daß die meisten Genossen nicht einmal wußten, wer Schwan ist; denn sie vergriffen sich zunächst an Skuhr (Professor), dann gingen sie auf Schwan los und zerrten ihn aus dem Raum. Die zur Vermittlung herbeigeeilten Präsidialamtsvertreter wurden auch mißhandelt: Höbig (persönlicher Referent von Kreibich) wurde die Treppe

heruntergestoßen. Kanzler Hildebrandt wurde ins Hinterteil getreten. Als Bütow (Prof.) nach der Funktion dieser Aktion fragte, schlug man ihm die Brille aus dem Gesicht. Die Tür zu Schwans Arbeitszimmer wurde zertrümmert.“ Soweit Professor Langguth.

In einem Brief (vom 6. Sept. 2008) an den Autor skizziert Prof. Dr. H. H. Knütter (Uni Bonn, damals FU Berlin) die Geschehnisse aus seiner Sicht wie folgt:

„Alexander Schwan (...) hatte sich bei den Linksextremisten unbeliebt gemacht. Deshalb drangen sie im Otto-Suhr-Institut der FU Berlin in seinen Seminarraum, um seine Lehrveranstaltung zu stören. Angeblich hatten sie ihn schon gepackt und wollten ihn aus dem Fenster werfen. Sie haben ihn dann aber losgelassen, sich gegenüber Kritikern aber frech herausgeredet: Es sei ja gar keine Gefahr gewesen, das Fenster sei im Erdgeschoß.

Da der Vorfall fast vier Jahrzehnte her ist, kann ich bis auf die gleich zu nennende Quelle (Langguth, d. Verf.) den Ursprung der Nachricht nicht angeben. Bezeichnend, daß bei den gegenwärtigen Jubiläumsveranstaltungen (40 Jahre 1968) dieses niederträchtige Verhalten nicht erwähnt wird...“

Warum nur, Gesine Schwan?

Erinnert sich eigentlich Gesine Schwan noch an diese Zeit am OSI? Sieht sie nicht, daß die Linken wieder marschieren, angetreten sind wie damals, diesen Staat zu ändern, nein, einen anderen Staat wollen?

Lothar Bisky, der Vorsitzende der PDS, sagte noch am Vorabend des Gründungsaktes der „Linken“, am 15. Juni 2007: „Wir diskutieren die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse. Wir stellen die Systemfrage.“ Das klang wie Original-Ton SED. Und Oskar Lafontaine ebenso deutlich, am 7. Juni 2008: „Das jetzige Wirtschaftssystem ist nach unserer Auffassung verfassungswidrig“. Das ist Dialektik pur. Denn wenn man vorgibt, die „jetzige Ordnung“ sei verfassungswidrig, kann man sie ungestraft bekämpfen, ohne als Verfassungsfeind angegriffen werden zu können.

Was die studierte Marx-Kennerin Schwan sicher weiß: Die Wurzeln der von ihr umworbenen Linkspartei sind die SED und das DDR-Unrechtsregime. Der Text des vereinsrechtlichen Eintragungsantrages der Partei „Die Linke“ beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg ist eindeutig. Da heißt es: „Die Partei gab sich zunächst den Namen „SED/PDS“ und nannte sich seit Februar 1990 „Partei des demokratischen Sozialismus/PDS“. Seit dem 17. Juli 2005 führt die Partei den Namen „Linkspartei“.“ Soweit zum Parteiantrag der Linken. *„Die SED hat also bis heute nicht, wie oft öffentlich behauptet wird, eine Rechtsnachfolgerin. Die SED gibt es noch. Sie heißt nur anders. Das ist die Geschichte der Partei „Die Linke“,* schreibt Roland Koch in der FAZ (13. August 2008 – am Gedenktag des Mauerbaus) hierzu.

Die Linkspartei in Fakten: 70 Prozent der 74.000 Mitglieder der Linkspartei waren auch schon zu DDR-Zeiten Mitglied der SED, und viele führende Politiker der heutigen „Linke“ waren auch schon in der SED aktiv, z. B.:

Gregor Gysi (Fraktionsvorsitzender der Linkspartei), Lothar Bisky (Parteivorsitzender), Dietmar Bartsch (Bundesgeschäftsführer), André Brie („Vordenker“ der Linkspartei und Mitglied des Europa-Parlaments), Hans Modrow (letzter DDR-Ministerpräsident und Ehrenvorsitzender der PDS), Roland Claus MdB (gilt nach einem Beschluß des Immunitätsausschusses des Bundestages als Stasi-Spitzel). Alles ganz weit weg und keine Gefahr mehr? Da sei man nicht so sicher. Denn Kämpfer gegen das „kapitalistische und ausbeuterische System der BRD“ gibt es genügend.

Man hätte von der Kandidatin Schwan aufgrund ihrer intimen Kenntnisse des Sozialismus füglich erwarten dürfen, daß sie die politisch abstrusen Forderungen der Linkspartei zerfetzt. Statt mit Gysi – zuhause bei Kaffee und Kuchen und natürlich unverbindlich – zu plaudern, hätte sie zum Beispiel fragen können, wie die Steinzeitmarxisten um Lafontaine ihre aberwitzigen Milliardenprogramme unter dem Motto „*Freibier für alle, aber nicht für Reiche*“ denn wohl umsetzen wollten. Warum verzichtete sie darauf?

Prof. Dr. H. H. Knütter - Mehrfach-Autor und Referent bei den Deutschen Konservativen - beurteilt die Entwicklung etwas differenzierter. In dem schon zitierten Brief an den Verfasser schreibt Knütter u. a.:

Zu Ihrer Bemerkung, es sei unverständlich, daß Gesine Schwan, die zweifellos keine Linke ist, sich von der Linkspartei wählen lassen will: Wie gesagt, persönlich kann ich sie nicht beurteilen. Ich kann mir aber denken, daß sie kühl kalkuliert:

Nur Rot-Rot-Grün gibt ihr Chancen. Also schluckt sie die Knallroten. Immerhin: die SED ist's ja nicht. Daß die Linkspartei SED-Nachfolgerin sei, stimmt nur in organisations/parteienrechtlicher Hinsicht. Politisch hat sich die SED über die PDS zur Linkspartei ganz erheblich gewandelt. Sie ist keine Staatspartei mehr und keine leninistische Kaderpartei. Da die SPD in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin mit der PDS/Linkspartei paktiert hat, kann Gesine Schwan mit nur geringen Bedenken die Stimmen akzeptieren. Direkt – wie bei Ypsilanti – folgt ja nichts daraus. Die eventuelle Bundespräsidentin ist von Parteien weit weniger abhängig als ein(e) Ministerpräsident(in) oder Kanzler(in). Sie kann sich hinterher leicht wieder von der Linkspartei distanzieren. Ob die das allerdings durchschaut und Bedingungen stellt, müssen wir noch abwarten.

Das Problem ist nicht die Person Schwan. Die SPD im trauten Verein mit der CDU haben die PDS/Linkspartei salonfähig geredet. Deshalb sind die obrigkeitshörigen Wähler bereit, sie bei Landtags- und Bundestagswahlen zu wählen...“.

Diese andere Sicht wollte der Autor - der Fairness halber Herrn Prof. Knütter gegenüber – den Lesern nicht vorenthalten, wenn sie auch nicht überall Zustimmung finden sollte. In einem weiteren Brief (14.09.08) an den Autor schreibt Prof. Knütter hingegen:

„Ergänzend zu meinem vor einigen Tagen gesendeten Brief erhalten Sie heute noch eine Kopie aus dem „Stern“ vom 28.08.08 über Helmut Holter (Linkspartei) aus Mecklenburg-Vorpommern. Sehr bezeichnend: 1.) (Er ist) alter SED-Bonze. Schulung in der UdSSR. 2.) In der PDS ein Reformier. Er hat aus der Pleite des Sozialismus gelernt. 3.) Trotzdem: Kumpanej mit den Extremisten der Partei: „Wir sind nur als Ganzes zu haben“. 4.) Er wird Gesine Schwan wählen.

Hier zeigt sich: Wer in der PDS die Reformer und die Opportunisten sieht, muß die Ideologen und Dogmatiker in Kauf nehmen. Da liegt das Problem, auch für die SPD...“

Ob Gesine Schwan den Spagat schafft? In einem Leserbrief an die FAZ (11. August 2008) schaut Manfred Wichmann, Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kiew, auf seine Studienzeit am OSI und auf die Vorlesungen von Alexander und Gesine Schwan zurück. Auch er war damals Mitglied der „Reformsozialisten“ und erinnert in seinem Brief an den Terror der Linken am OSI. „Gesine Schwans unvergessener Mann, Professor Alexander Schwan, wurde selbst Opfer eines physischen Angriffes, der auf studentischen Flugblättern als „Schweinejagd“ gerühmt wurde.“

Dann geht Leserbriefschreiber Wichmann auf die Kandidatur Gesine Schwans, deren Professoren-Tätigkeit er zuvor mit höchst anerkennenden Worten beschreibt, zur Bundespräsidentenwahl ein:

„...Bei der Bundespräsidentenwahl 2004, als Gesine Schwan genauso keine Chance hatte, (...) hätte ich als Mitglied der Bundesversammlung für sie gestimmt (und gewünscht, daß sie gewinnt). Bei der kommenden Wahl würde ich das nicht mehr tun. Ich glaube, daß Frau Schwans Kandidatur ein falsches Zeichen setzt. Sicher wäre sie eine eindrucksvolle Bundespräsidentin. Ihre persönlichen Ambitionen sind legitim und der Versuch, ihrer kränkelnden Partei ein Erfolgserlebnis zu verschaffen, ehrenwert. Aber um erfolgreich zu sein, wird sie einer überholten Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit das Wort reden müssen (und tut das offensichtlich schon). Sie wird den Eindruck erwecken müssen, unsere Gesellschaft leide unter zu wenig Staat und zu niedrigen sozialen Subventionen. Sie wird sich links von den Auffassungen präsentieren, die ihre Parteifreunde Steinbrück und Steinmeier vertreten, wenn sie

keinen Wahlkampf machen müssen. Sie wird eine vorausschauende Sozialpolitik, die staatlichen Bürokratieabbau, Wettbewerb und Effizienzsteigerung bei der Vergabe von Sozialleistungen einschließt, nicht nur nicht propagieren, sondern wahrscheinlich kritisieren müssen. Sie wird Anstrengungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern, vernachlässigen oder ihnen die Bedeutung absprechen. All das schuldet sie der bedauerlichen Tatsache, daß sie die Zustimmung derer braucht, die sie einst bekämpft hat.

Alfred Grosser (französisch/deutscher Publizist und Philosoph, d. Verf.) hat, wie andere vor ihm, klargemacht, daß Horst Köhler das ist, was Gesine Schwan wahrscheinlich wäre: ein guter Bundespräsident. Köhler hat ein klares Bild vom Reformbedarf in Wirtschaft und Gesellschaft, und er hat genug Verständnis für die Nöte der Schlechtergestellten, um breite Popularität zu genießen. Genau ein solches Staatsoberhaupt brauchen wir. Ein Sieg Gesine Schwans würde nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern in unserer Gesellschaft Verwirrung und Desorientierung schaffen, und das können wir im Wahljahr 2009 ganz gewiß nicht brauchen“.

Eine treffliche Analyse des FAZ-Lesers Wichmann! Doch er irrt, wenn er immer wieder darauf hinweist, Gesine Schwan „muß...“ Nein, sie *muß* nicht (nur), sie *will* es so!

In derselben Ausgabe der FAZ schreibt Leser Dr. G. B-B., Dreieich: „...Aus seinem Pariser Domizil nimmt Alfred Grosser vielleicht doch nicht alle Aspekte der Kandidatur von Gesine Schwan wahr. Es geht dabei nicht nur um einen Wettbewerb darüber, welche Persönlichkeit wohl die schönsten und erbaulichsten Reden würde halten können. Diese Kandidatur wurde vielmehr offensichtlich als einleitender Schachzug für die von Andrea Nahles und anderen Linken in der SPD intendierte Linksverschiebung des politischen Spektrums in der

Bundesrepublik Deutschland ins Werk gesetzt. Dabei spielen ökonomische Petita eine große Rolle. Dessen ist sich auch Gesine Schwan bewußt, wenn sie fordert, daß die Politik künftig „einen größeren Bereich wirtschaftlicher Aktivitäten“ steuernd beeinflussen solle. Eine liberale Politikerin – und als solche stellt uns Alfred Grosser Gesine Schwan vor – würde eine solche Aussage niemals treffen. Von einer Wahl von Gesine Schwan zur Bundespräsidentin ginge ein Signal zu einem Politikwandel aus.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Doch trotzdem stoßen die Posaunisten der SPD kräftig ins Horn und preisen die Angebetete in höchsten Tönen:

Die Posaunen der SPD

Brandenburgs Ministerpräsident (und ebenfalls gescheiterter SPD-Bundesvorsitzender) Matthias Platzeck lobt die Kandidatin: „...Gesine Schwan ist eine über Parteigrenzen hinweg hochgeschätzte Persönlichkeit. Sie ist eine kluge Frau, der es mit ihrer offenen und sympathischen Art gelingt, auch in schwierigen Konfliktlagen Brücken zu bauen“. Nun wird es also die Brücke zur SED/Links-Partei sein können.

Offenbar will die SPD, um ihre eigentlichen Absichten zu verschleiern, bei den Wählerinnen und Wählern insbesondere mit dem Hinweis „Frau“ Sympathien werben. So tönt es z. B., „nach 60 Jahren Bundesrepublik sei es nun an der Zeit, daß endlich einmal eine Frau das höchste Amt im Staate erreichen solle“. Ein merkwürdiges Argument; denn echte Emanzipation wäre eine Diskussion über die Eignung, nicht aber über das Geschlecht eines Kandidaten oder einer Kandidatin. In einem Antwort-Brief des SPD-Vorstandes (vom 8. Juli 2008) auf ein Schreiben von H. Sch. (volle Adresse liegt dem Verfasser vor) zur Kandidatur wird u. a. erklärt:

„Für unseren Umgang mit der Linkspartei im Bund gilt der Beschluß, den der SPD-Parteivorstand am 25. Februar gefaßt hat: In zentralen Fragen der Außen-, der Wirtschafts-, der Finanz- und der Sozialpolitik gibt es unüberbrückbare Gegensätze. Die Linkspartei verweigert sich der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Sie nimmt in Kauf, daß die Lasten schlicht auf kommende Generationen verschoben werden und daß die Abgaben der Arbeitnehmer steigen. Die Linkspartei verweigert sich der internationalen Verantwortung und betreibt die Isolierung Deutschlands. Sie fordert mit der Abschaffung der NATO die Auflösung des transatlantischen Bündnisses. Sie stellt sich gegen den EU-Reformvertrag, um die europäische Einigung im Zeichen von Freiheit und

Demokratie zu blockieren. Diese und andere Beispiele zeigen, daß eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf Bundesebene ausgeschlossen ist.

Die Bundesversammlung entscheidet am 23. Mai 2009 über den Bundespräsidenten. Ein Jahr vor dieser Wahl hat der SPD-Parteivorstand dazu einen klaren Beschluß gefaßt:

Die SPD will, daß Gesine Schwan am 23. Mai 2009 Bundespräsidentin wird. Zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland und im 20. Jubiläumsjahr der friedlichen Revolution von 1989, die der Durchbruch zur deutschen und europäischen Einheit war, geht es um die Ermutigung zur Demokratie. 20 Jahre, nachdem die Spaltung Europas überwunden wurde, gilt es, die europäische Einigung zu vertiefen. Gesine Schwan vertritt ein Deutschland, das ein guter, verlässlicher Nachbar ist. Ein Deutschland, das kooperativ, selbstbewußt und international solidarisch handelt. Wir freuen uns darauf, in den nächsten Monaten Gesine Schwan bei dieser Kandidatur zu unterstützen und sie zur ersten Bundespräsidentin zu wählen, der ersten Frau im höchsten Amt, das unsere Verfassung kennt. Dabei wird die SPD keinen Wahlkampf gegen den amtierenden Bundespräsidenten führen, sondern wir wollen mit dieser Nominierung eine breite Diskussion in Deutschland einleiten, die vom Zusammenhalt der Gesellschaft, aber auch von Liberalität und Gerechtigkeit geprägt ist. Wir wollen eine offene Verständigung über unsere grundlegenden Werte und über Deutschlands Zukunft. Dazu gehört auch Leidenschaft. Die Leidenschaft der Menschlichkeit und der Solidarität. Deshalb ist Gesine Schwan eine gute Wahl. (...)

Für den Hinterkopf: Horst Köhler war 2004 der Repräsentant des marktliberalen Projektes für die Staatsspitze. Er ließ sich dafür in Beschlag nehmen. Er hat die Krisenrhetorik von CDU und FDP bis zur Rede vom „Notstand“ verschärft, was selbst

die FAZ kritisierte. Seither hat er sich geändert und spricht aufrichtig über die soziale Frage. Aber er wirkt dabei unsicher und wenig gradlinig – wie jemand, der sich von wechselnden Stimmungen tragen läßt. Gesine Schwan verkörperte schon 2004 die Hoffnung der gesellschaftlichen Mehrheit auf ein modernes und sozial gerechtes Deutschland, das in einer unruhigen Welt auf Dialog und Frieden setzt. Dieser Wunsch ist seither noch stärker geworden. (...)

Gesine Schwan wird die erste Frau im höchsten Amt des Staates sein. Glaubwürdig, prinzipienfest, menschenfreundlich und unnachgiebig, ein Vorbild im Führen des verbindlichen Dialogs...“

Soweit der Text des SPD-Schreibens, das hier (auszugsweise) zitiert wird, um zu zeigen, wie sehr die Parteiführung bemüht ist, ihre politische Strategie nicht aufzudecken, sondern durch blumige Worte zu verkleistern. Die Botschaft ist klar: Die Kandidatin Schwan ist so engelsgleich, daß eine Alternative einer Majestätsbeleidigung gleichkäme. Der Gutmensch Schwan – eine Frau! - gegen den bösen Marktliberalen Köhler.

Und wieder einmal muß man sich fragen, für wie dumm die SPD eigentlich die Wähler (und die politischen Gegner) hält. Das Spiel der SPD ist zu leicht zu durchschauen. Mehr noch, so wissenschaftlich kompetent, so sympathisch Gesine Schwan auch sein mag – mit ihrer Hilfe die Abwahl Horst Köhlers zu betreiben, wird sich für die SPD als Desaster erweisen. Sieht die intelligente Frau Schwan nicht, auf was sie sich da einläßt? Aber zu hoffen, daß sie noch rechtzeitig die Notbremse und ihre Kandidatur zurückzieht, scheint müßig. Sie will! Koste es, was es wolle – selbst die eigene Reputation.

Gesine Schwan gibt Gas, wie in einem richtigen Wahlkampf. In der SPD-Zentrale in Berlin, im Willy-Brandt-Haus, wird ihr eine „Wahlkampfzentrale“ eingerichtet, mit komplettem Stab: ein Büro mit Pressesprecher, Sekretärin und Referenten. Und natürlich kann sie jederzeit auf das Personal des SPD-Parteihauses zugreifen. Dort werden auch ihre Reisen und „Wahlkampf-Auftritte“ geplant. Sechs große Vorträge will Gesine Schwan in den kommenden sechs Monaten halten, in jedem Monat einen, um der Öffentlichkeit ihren „politischen Kosmos“, wie sie es nennt, auszubreiten.

Der eigentliche Zweck des Wahlkampfes der Kandidatin liegt auf der Hand: Da Horst Köhler einen großen Popularitätsvorsprung in den Umfragen hat, muß die Pressestelle der Kandidatin viel „Öffentlichkeitsarbeit“ für Gesine Schwan leisten und zum Beispiel auch die Türen für die Regenbogenpresse weit aufmachen, was heißt: „Geschichten“ für bunte Blätter – „Frau im Spiegel“ und „Bild der Frau“ sind bereits abgehandelt -, das traute Heim von Gesine und Peter und die lieben Kinderlein – kurz: immer etwas fürs Herz – falls der Verstand (der Leser) „nein“ sagen sollte.

Die dauer-lächelnde Gesine Schwan legte auch im Fernsehen schon mal vor: Dem ARD-Fernsehjournalisten Werner Sonne erzählt sie u. a. einige lebenswerte Details aus ihrem Privatleben: Sie segele und tanze gern, liebe Barockmusik, begleite ihren Mann Peter Eigen am Klavier und spiele Skat. Und ist, wie sie lebhaft plaudert, eine leidenschaftliche Köchin. „Am liebsten mache ich Gemüse, Salate und leichte Fischgerichte“, erfährt da der frühe Fernsehzuschauer.

Der „Bild der Frau“ (Nr. 40/2008) verrät sie ihr Kleidergeheimnis: *„...Ich bin seit 20 Jahren Stammkundin in einem Designer-Secondhand-Laden. Dort probiere ich ein paar Sachen von Armani, Rena Lange oder anderen Designern an*

und habe innerhalb einer halben Stunde ein Kostüm. Ich gestehe: Der eigene Geschmack wird schon ein wenig verwöhnt durch die sehr guten Stoffe und Verarbeitung...“.

Mein Gott, wie aufregend, wie interessant - wie belanglos! „Geneigte“ Journalisten und Medien werden also in Zukunft die Kandidatin in bestem (bürgerlichen) Lichte erscheinen lassen und alle ihre Schritte mit warmer Hofberichterstattung begleiten. „*Gesine für alle*“ heißt das Sonderangebot im Supermarkt der Sozialisten.

Einen solchen Wahlkampf-Rummel hat es nicht ´mal bei Weizsäcker gegeben. Eher ungewöhnlich und dem Amte unangemessen!

Schwanengesänge

Doch Gesine Schwan muß aufpassen. Nach ihrer Nominierung wird jedes ihrer Worte beobachtet und bewertet. Für munteres Geplappere bliebe eigentlich kein Raum. Aber wer das meint, hat nicht mit Frau Schwans Wesen gerechnet. Sich einfügen in die SPD-Parteidisziplin? Das ist Gesines Art nicht. Und so gibt sie, kaum nominiert, ihre Sicht der Dinge wohlfeil zum besten. Hier ein paar Beispiele für solches „Schwanen-Geplappere“:

Bezeichnend für das gewisse Etwas, das die Kandidatin aussendet, ist z. B. ihre Begründung für die Kandidatur. Horst Köhler sei ein guter Präsident, an dem sie nichts Wesentliches auszusetzen habe. Aber es sei nun mal das Wesen der Demokratie, daß es Gegenkandidaten gebe.

Aber an Seitenhieben auf Köhler, die die SPD mit wachsender Sorge aufnahm, ließ es die Kandidatin dennoch nicht fehlen. Als Köhler unlängst eine Rede gehalten hatte, ließ sie ungefragt wissen: „Meine Rede würde anders aussehen“. Und setzte, als Köhler gerade weitere Reformen angemahnt hatte, noch eins drauf: Sie wolle sich als Bundespräsidentin weniger in die Tagespolitik einmischen als Köhler. Das sagt ausgerechnet die Frau, die, kaum nominiert, sofort losplapperte.

Auch zu „fernen“ Themen nimmt sie Stellung: Dem Versuch einiger linker SPD-Politiker, den Verzicht auf Atom-Energie im Grundgesetz festzuschreiben, erteilte sie eine klare Absage – und verärgerte damit den linken Flügel ihrer Partei.

Oder ein anderes Beispiel: Schwan rückte nach ihrer Nominierung zum Entsetzen ihrer Partei-Freunde genau das Thema in den Vordergrund, dem die SPD nur zu gerne ausgewichen wäre – wie hältst Du´s mit der Linkspartei? Schwan sprach sich forsch gegen eine „formale Abgren-

zung“ aus. Die „intellektuell klarere Lösung“ bestehe für sie darin, Unvereinbarkeiten zwischen der SPD und der Linken aufzuzeigen, die sich aus der Analyse der Parteiprogramme ergäben. Und sogleich warnte Frau Schwan im „Tagesspiegel“: *„Die SPD muß aufpassen, daß sie sich mit der Koalitionsaussage für die Bundestagswahl 2009 nicht wieder selbst eine Falle stellt“*. Kategorische Abgrenzungsbeschlüsse, wie sie z. B. Müntefering gefordert hatte, würden keinen Sinn machen.

Damit verstärkte Schwan im öffentlichen Bild von der SPD nur die Meinung, daß es bei einem strikten „Nein“ zu einem Rot-Rot-Bündnis nicht bleiben werde. Und damit vergrößerte sie nur die argumentativen Schwierigkeiten der SPD-Führung.

Ungefragt meinte die Präsidenten-Bewerberin auch, einen Kommentar zu „Hessen“ abgeben zu müssen. Schwan nahm Andrea Ypsilanti gegen die heftige Kritik wegen ihres Linkskurses in Schutz, obwohl der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Steinbrück die Hessin gerade abgebügelt hatte. „Ich bin sehr dagegen, Frau Ypsilanti jetzt zu verteufeln“, sagte Schwan der „Berliner Zeitung“. Schwan fuhr fort: „Das finde ich unfair, weil die Situation wirklich kompliziert ist.“ Sie selbst (Schwan) hätte nach der hessischen Landtagswahl eine andere Konsequenz gezogen: „Ich hätte in einer fest vereinbarten Kooperation mit Grünen und Linken auf eine ganz offensive Opposition gegen den amtierenden Wahlverlierer Koch gesetzt.“

So verwirrte sie, kaum zur Kandidatin gekürt, Freunde und Gegner mit ihren öffentlichen Erklärungen. Und auch bei der Linkspartei stiftete sie Verwirrung. Gerade hatte sie geäußert, die Linkspartei sei „undemokratisch“ und deren Partei-Chef Oskar Lafontaine ein „Demagoge“, sah sie sich auch schon gezwungen, wieder zurückzurudern. Der „Spiegel“ hatte Lafontaine mit den Worten zitiert, Schwan könne sich ihre

Wahl „abschminken“. Sie „präzisierte“ daraufhin ihre Aussage: Es sei „absurd“, dem „Linke“-Chef Lafontaine vorzuwerfen, er sei kein Demokrat. „Was ich kritisiere“, sagte Schwan, „ist eine undemokratische Haltung und Handlungsweise, nämlich Demagogie“. Wenn die Linkspartei aber zu einer demokratischen Partei mutiere, „kann ich mir vorstellen, daß es Rot-Rot-Grün oder auch Rot-Rot-Gelb gibt“ (Schwan in der „Rheinischen Post“). Alles klar? Doch Schwan unverdrossen weiter: Im Verhältnis zur Linken gehe es ihr darum, „einen inneren Klärungsprozeß bei der Linkspartei zu fördern“. Einen solchen „Klärungsprozeß“ hätte die Kandidatin wohl eher selbst nötig.

Gallig kommentierte Oskar Lafontaine die Ausführungen der Kandidatin Schwan (in der HAZ) mit den Worten: „Wenn man diejenigen, die einen wählen sollen, beschimpft, dann ist das eine charmante Form der Bewerbung.“ Lafontaine bekräftigte, die Linke werde sich nach der Wahl in Bayern entscheiden. Dabei spielten die Positionen der Kandidaten zu Krieg und Frieden und zum Sozialen eine Rolle. Ein von den Linken unterstützter Bewerber müsse die Positionen der Partei in vielen Feldern mittragen. Lafontaine: „Wir entscheiden aus unserer politischen Sicht. Wir wollen Politikveränderung.“ Ist das der Preis, den SPD und Gesine Schwan zahlen werden? Das eigentlich Ruchlose am Buhlen der Kandidatin um die Zustimmung der Linken ist, daß sie als politisch geschulte und denkende Professorin sehr wohl weiß, welchen Weg sie da vorbereiten hilft.

Wieder ohne Rücksicht auf die offizielle SPD-Linie bekannte sie sich in der ARD-Sendung „farbe bekennen“ offen zu Rot-Rot-Grün, da „*die Linken nicht dumm*“ und dort „*junge Leute, die echte linke Politik machen wollen, seien*“. Dann lobte sie die Linken überschwenglich, sie würden seit Jahren ihre Universitätsprojekte vorbehaltlos unterstützen.

Die „losgelöste Kanone“

Wie man rundum in „Berlin“ hören konnte, wurden Schwans erste Auftritte von führenden Sozialdemokraten als „unglücklich“ empfunden. Dies gelte besonders für ihre Attacken gegen die Linke. Schwan plappere zu viel. Sie sei *„wie eine losgelöste Kanone, die ohne Halterung über das Schiffsdeck rollt“*, zitiert der „Spiegel“ einen SPD-Granden.

Um das Maß voll zu machen, düpiert sie bei der traditionellen Spargelfahrt des Seeheimer Kreises Parteichef Kurt Beck. Sie entschließt sich „spontan“ zu einem Pressegespräch über demokratie-theoretische Fragen, scharft etliche Journalisten um sich und stiehlt damit Beck die Schau. Ein Bundestags-abgeordneter ächzt verzweifelt: „In einer Situation, in der die SPD sehr ungeordnet und ohne klare Führung ist, vergrößert Gesine Schwan noch das Chaos“. Ein Kollege fragt gar: „Wer hält Schwan im Zaum?“

Gut gefragt! Doch hier geht es nicht um das „Zurechtstutzen“ einer Plaudertasche, hier geht es darum, möglichst unmerklich, aber konsequent die politischen Weichen zu stellen und die politischen Koordinaten zu verrücken – nach links. Machen wir uns nichts vor: Die Linken in der SPD und die Linke wollen eine „andere Republik“. Eine von ihnen getragene Bundespräsidentin wäre nur das bürgerliche Aushängeschild. Die „bürgerliche“ Kandidatin hat sich damit selbst demaskiert. Sie hängt im Netz der roten Spinne. Aber eitel, wie sie ist, glaubt sie vermutlich, selbst die Spinne zu sein. Die SPD braucht sie nun nicht mehr als glühende Anti-Kommunistin und rechte Sozialdemokratin zu feiern, weil sich die strategische Lage der SPD verändert hat. Es ist kaum zu fassen: Der Anti-Sozialist Clement wird aus der Partei geworfen, die Steigbügelhalter der SED werden hofiert. Es

handelt sich um eine – im Sprachgebrauch der Kommunisten – „systemkonforme Säuberung“. Da lacht Karl Marx!

„Brücken bauen“ – von Markt zu Marx?

Schwan will „Brücken bauen“. Wohlan denn! Doch wenn die Brücke von Markt zu Marx führen sollte, werden wir ihr nicht auch noch den Brückenpfeiler machen. Es hilft alles nichts, das Grundübel ihrer Kandidatur bleibt: Schwans Abhängigkeit von der Links-Partei. Will sie zur Bundespräsidentin gewählt werden, muß sie mit Lafontaine, Gysi & Co. ins Geschäft kommen. Ganz wie auf dem Markt gilt aber auch hier die Regel: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Das „Geheimtreffen“ Schwan/Gysi dürfte nur eine kleine Anzahlung gewesen sein. Die Linke will „auf Augenhöhe“ mit der SPD-Spitze verhandeln, also Anerkennung als möglicher Koalitionspartner. Darunter geht nichts. Kommt das „Geschäft“ nicht zustande, verliert nur die SPD, nicht die Linke. Und all das öffentliche Getöse von Schwan und SPD-Granden gegen Lafontaine und Linke soll nur davon ablenken und die Öffentlichkeit über die wahren Absichten der Genossen täuschen. Sie halten die Wähler für so blöd, daß sie das nicht merken. Doch Jeder weiß: Würde Schwan „mit Links“ gewählt, hieße es ohne Schamfrist bald danach: Wer eine so ehrenhafte Frau zur Bundespräsidentin mitwählt, ist auch geeignet zum Mitregieren.

Auch inhaltlich legt sich die „Anti-Kommunistin“ Gesine Schwan keine Zurückhaltung mehr auf und macht tiefe Bücklinge nach links. Sie hat sich zwar habilitiert über die Gesellschaftskritik von Karl Marx, doch hindert sie das nicht, nun sozialistische Kernforderungen vorzutragen – aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts: Die Politik solle künftig *„einen großen Bereich wirtschaftlicher Aktivitäten steuernd beeinflussen“* (FAZ). Frau Professor Schwan fordert allen Ernstes, *„die Entscheidungsräume staatlicher Organisationen*

müßten vergrößert“ werden. Das geht aber nur mit den Mitteln des totgeglaubten Staatsdirigismus. Und hier ist die inhaltliche Nähe zu Lafontaines Ideen mit den Händen greifbar. Daran sind schon die staatlich gelenkten Volkswirtschaften des ehemaligen Ostblocks zerbrochen. Und nicht nur dort. Beispiele für die fatale Wirkung von „mehr staatlicher Lenkung“ gibt es auch bei uns zuhauf: Wir haben – getrieben von der SPD und geduldet von der CDU – einen überdirigierten Arbeitsmarkt, der Arbeitsplätze eher verhindert denn neue schafft. Wir „genießen“ die Segnungen einer staatlich gesteuerten Gesundheitspolitik à la Ulla Schmidt (siehe „Deutsche Zeitung“ Nr. 31 der Deutschen Konservativen, Hamburg), die mit einem Wust von Gesetzen, Verordnungen und Preisdiktaten krank macht. Wir betreiben einen unrentablen Mietwohnungsmarkt als Folge staatlicher Intervention, der Investitionen in den Mietwohnungsbau eher verhindert als fördert. Wir leiden alle unter einer unsinnigen, staatlich verordneten Umwelt- und Verkehrspolitik, die das Land mit Windmühlen zupflastert und Staus auf den Straßen billigend in Kauf nimmt usw. Die einst gelobten Tugenden – Eigenvorsorge und Selbstverantwortung – sind nicht mehr gefragt. Ein „fürsorglicher Staat“ regelt alles - was Frau Gesine Schwan sicher gefallen dürfte, aber dem Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland schadet. Deutschland braucht nicht mehr, sondern entschieden weniger Staat! Dies gilt auch trotz der aktuellen Bankenkrise, bei der Banken und *Staatsaufsicht* versagt haben.

Nein, und nochmals nein, der Staat taugt nichts als Investor und Wirtschaftslenker. Wer (mehr) staatlichen Dirigismus fordert, behindert die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und verhindert Innovationen und Arbeitsplätze. Die DDR läßt grüßen, Frau Schwan. Mit solchen kruden Gedanken steht diese Frau meilenweit von Horst Köhler entfernt, der wohltuend sachlich und kenntnisreich, aber auch kritisch die Rolle von Staat und Wirtschaft begleitet.

Nervig, schrill und peinlich

Die Frau ist meist zu laut, zu schrill, zu nervig – und wohl auch etwas würdelos. Peinlich, wenn sie die halbe Welt an ihren privaten Dingen teilnehmen läßt. Am Vorabend der Bundespräsidentenwahl, am 22. Mai 2004, feierte sie in Berlins „Hamburger Bahnhof“ mit mehr als 300 Gästen ihren Geburtstag und ihre Verlobung mit Peter Eigen. Der „Stern“ (23/2008): „...Es wurde dann so ziemlich die größte Verlobungsfeier, die Berlin je gesehen hat...“ Fast alle Genossen waren dabei, „bis hin zu Schröder“ (Stern), die am nächsten Tag in der Bundesversammlung für sie abstimmen sollten.

Schwan geniert sich überhaupt nicht, auch die persönlichsten Dinge von sich zu geben. Während Horst Köhler für seine Sachlichkeit und Zurückhaltung, auch in privaten Dingen, geachtet wird, bietet Schwan geradezu schamlos vollen Einblick in ihr Privatleben. „Viele Männer haben Probleme mit denkenden Frauen“, erklärt die Professorin ausgerechnet dem Klatschblatt „Frau im Spiegel“ und fährt fort: „Daher hatte ich gar nicht mehr mit einer neuen Liebe gerechnet.“ Peter Eigen aber habe „eine große Freude“ an starken Frauen. Sie habe gelernt, „daß persönliches Einvernehmen auch mit Streit einhergehen kann, da man seinen eigenen Standpunkt behaupten muß, um langfristig die Partnerschaft zu sichern“. Einen Teil ihrer inneren Ruhe verdanke sie der Tatsache, „daß ich auf andere Leute nicht unangenehm oder abstoßend wirke“. Deshalb lege sie auch Wert darauf, gut und gepflegt auszusehen. Selbstzweifel kennt die Dame offenbar nicht.

In der Peinlichkeit wird sie allenfalls noch übertroffen von Peter Sodann, der neue Bundespräsidenten-Kandidat der Linkspartei, der eine selbst den Linken peinliche Vorstellungskomödie bot. Solche Linken machen damit das Amt eher lächerlich.

„Prinz Philip“ Peter Eigen

Eigentlich sollte die Familie einer Kandidatin zur (geschützten) Privatsphäre gehören. Die Schwans sehen auch das anders. Ihr neuer Ehemann, Peter Eigen, den sie 2004 geheiratet hatte, scheint zu ihr zu passen. Er ist, wie sie, extrovertiert und selbstverliebt, aber auch ein „Mann von Welt“. Der Jurist ging früh nach Washington und fing 1968 in der Rechtsabteilung der Weltbank an. Es folgten Stationen in Afrika als Direktor der Regionalkommissionen. Im Jahre 1991 verließ Eigen die Weltbank und gründete zwei Jahre später mit einigen Freunden „Transparency International“, eine Art Anti-Korruptionsagentur. Nach der Entscheidung über die Kandidatur Gesine Schwans antwortete er auf die Frage der „Bild am Sonntag“ nach seinen Wünschen ganz freimütig: *„...Politik ist in meinem Leben ganz, ganz wichtig, aber um den Preis der Selbstaufgabe möchte ich gar kein Amt haben. Politik stand für mich immer an zweiter Stelle hinter meiner Familie, meinem Glauben, meinen Freunden – auch wenn all dies Private natürlich irgendwie von der Politik beeinflusst ist...“* Auf die Frage, welches Rollenvorbild er an *ihrer* Seite sehe, so sie Bundespräsidentin würde, antwortete er: *„Ich sehe mich bei Prinz Philipp – schon allein, weil er wie ich reitet. Er nutzt die Plattform als Gemahl der Königin, um wichtige gesellschaftliche Anliegen zur Sprache zu bringen. Das möchte ich auch.“* Und wir wissen das jetzt auch!

Merkwürdige Spendenwerbung

Gesine Schwan ist stolz darauf, daß es ihr gelungen ist, die Frankfurter Universität Viadrina in eine „Stiftungs-Universität“ zu wandeln, was ihr bzw. der Universitäts-Präsidentin größere Spielräume und mehr Freizügigkeit im Amt erlaube. Bald bot sich die Gelegenheit, die Grenzen dieser Freiheit zu testen.

Mit zumindest fragwürdigen Methoden versuchte sie, bei einem großen Pharma-Konzern eine Spende locker zu machen, die letztlich aber nicht ihrer Viadrina, sondern Peter Eigens Transparency-Unternehmen zugute kommen sollte. Ausgerechnet Transparency! Aufgedeckt wurde die Affaire durch die Redakteure der „Wirtschaftswoche“ Harald Schumacher und Jürgen Salz (WiWo 26. Mai 2008). Ihnen liegt ein brisanter Briefwechsel vor: zwischen der Geschäftsführung des großen Pharma-Unternehmens Ratiopharm und Gesine Schwan.

Demnach soll Gesine Schwan für ihren Mann angeboten haben, der nach einigen Skandalen ins schiefe Licht geratenen Ratiopharm zu helfen, den Ruf des Unternehmens zu verbessern – bitte gegen Zahlung einer Spende. Da wird's jetzt kompliziert; denn einer steuerlich absetzbaren Spende darf keine „Gegenleistung“ gegenüberstehen. Aus dem Schriftwechsel zwischen Schwan und Pharmaunternehmen gehe aber hervor, so die „WiWo“, Gesine Schwan habe der Ratiopharm nahegelegt, eine Viadrina-nahe Einrichtung mit einem „nennenswerten Betrag“ zu unterstützen – was die Geschäftsführung des Unternehmens sogleich als „Koppelung“ von Dienstleistung und Spende empfand und ablehnte. Schwan nennt dies „eine Fehlinterpretation“.

Dabei hatte sich Gesine Schwan doch alles so einfach vorgestellt: Sie und ihr Mann Peter Eigen bringen ihre persönliche Reputation und das Renommee der Viadrina ein, um eine Verbesserung des Rufes der Ratiopharm zu befördern. Die Beiden bieten sich lt. WiWo in dem Brief an, der Firma wieder „uneingeschränkte Glaubwürdigkeit“ zu verschaffen – steuerlich, wie schon gesagt, zumindest problematisch, weil Schwan & Eigen eine Leistung erbringen wollten, für die eine Spende an die Viadrina fließen sollte. Im Klartext also: Spende gegen Leistung. Da würde das Steuer- und Gemeinnützigkeitsrecht aber etliche Fragezeichen setzen. Es gilt dort der „Grundsatz der Selbstlosigkeit“ bei Spenden: *„Selbstlosigkeit ist immer die freiwillige Abgabe von materiellen Mitteln oder von Arbeitsleistung ohne einen Anspruch auf Gegenleistung, d. h. ohne Streben nach eigenem Nutzen“*.

Gesine Schwan, mal wieder gar nicht verlegen, äußert gegenüber der Wirtschaftswoche: Eine klare Einordnung „wäre selbstverständlich auch in dem Falle erfolgt, wenn überhaupt eine Kooperation zustande gekommen wäre.“ Das hätte aber in diesem Fall bedeutet, eine vertraglich saubere Dienstleistungsvereinbarung abschließen zu müssen, um das Risiko einer nicht ordnungsgemäßen „Spende“ zu vermeiden.

Die Vorgeschichte ist leicht erzählt. Im Jahre 2007 hatte der Ratiopharm-Erbe Philipp Merckle die Viadrina-Präsidentin zu mehreren Vorträgen eingeladen, im Rahmen einer Initiative „World in Balance – Aufbruchtour“. Für die Vorträge gab es, wie Schwan der WiWo bestätigte, „zweimal 10.000 Euro, die ich als Spende auf eine Kostenstelle im Haushalt der Viadrina erhalten habe“. Bei den „World in Balance“-Veranstaltungen lernten sich Schwan, Eigen und die Ratiopharm-Geschäftsführung näher kennen. Man habe in dem Ehepaar Schwan/Eigen wichtige Unterstützer zur Verbesserung der Firmenkultur gesehen.

Also lauter Gut-Menschen?

Ratiopharm-Geschäftsführer Lehmann habe am 11. Juni einen „euphorischen Brief“ (WiWo) an Schwan geschrieben, in dem er auf die „Ausgangsgespräche“ mit Transparency International-Beirat Peter Eigen und Pharma-Kritiker Peter Schönhofer hinwies. Es sei darum gegangen, wie man „gemeinsam“ und „äußerst neutral“ neue „gesundheitspolitische Ansätze definieren kann, die dem Patienten, dem System, der Politik, der Industrie und der Zivilgesellschaft helfen, neue und balancierte Ansätze zu finden“.

Schwan habe erläutert, wie die Hilfe von ihr und Transparenz-Experten Eigen zur Imageverbesserung aussehen könnte: „Wir könnten Sie dabei unterstützen, saubere Mitstreiter zu finden und ein System der good governance und eines öffentlich transparenten ‘Code of Conduct’ zu stärken, das Ihnen eine uneingeschränkte Glaubwürdigkeit verschafft, die Sie jetzt nicht haben“. Zu dieser Unterstützung „könnte entscheidend beitragen, daß Ratiopharm bzw. Herr Dr. Merckle – unabhängig von ihren akuten Geschäftsinteressen und uneigennützig – unsere Humboldt-Viadrina School of Governance mit einem nennenswerten Betrag unterstützen“.

Die Antwort von Ratiopharm lt. WiWo.de: *„Aus Sicht von Herrn Dr. Merckle ist die Koppelung beider Projekte in Form eines bezahlten Kontextes schlichtweg unmöglich.“*

Gegenüber der Nachrichtenagentur dpa bestätigte Gesine Schwan zwar, daß sie Kontakte zu Ratiopharm hatte und auch um eine Spende bat. Es sei aber nie darum gegangen, das Image des Konzerns aufzubessern, sondern um die Befolgung klarer ethischer Regeln im Pharmasektor.

Schon eher lustig ist der Kommentar, den Schwans Ehemann Peter Eigen zu dem Brief seiner Frau an Ratiopharm abgab: *„Da waren die Sachverhalte nicht besonders geschickt dargestellt. Die Dinge waren darin ein bißchen unglücklich miteinander verbunden“* (WiWo 9. Juni 2008)

Eine krumme Überweisung

Die Wirtschaftswoche vom 26. Mai 2008 deckt noch eine weitere Methode auf, wie Frau Schwan mit Geld umgeht: Die Wiwo schreibt: *„...Dieses Vorgehen entspricht nicht gerade Grundsätzen von transparenter Trennung finanzieller Interessen zwischen ihr, der Universität und ihrem Mann. Sie überweist sogar am 23. Mai 2007 vom Spendenkonto der Europa-Universität Viadrina 5.000 Euro an eine Organisation, die Peter Eigen gegründet hat: an das Berlin Civil Society Center. Da diese Organisation aber zu dem Zeitpunkt „noch kein eigenes Konto besaß“, erklärt Schwan der Wirtschaftswoche, habe sie das Geld „vorübergehend auf das Konto von EITI“ überwiesen. EITI ? Das Kürzel steht für Extractive Industries Transparency Initiative. EITI will Regierungen von Ländern, in denen Bodenschätze abgebaut werden, zu Transparenz zwingen. Gründer ist ebenfalls Peter Eigen.*

Da wird das Geld so von Organisation zu Organisation geschoben und bleibt quasi in der Familie. Und das unter dem Anspruch, saubere Führung zu verkörpern? Schwan sagt, sie habe die 5.000 Euro „von der Kostenstelle, auf der die von mir eingeworbenen Spendengelder liegen“, überwiesen. Sie hält die Überweisung für zulässig, weil sie Humboldt-Viadrina School und Berlin Civil Society Center als Seelenverwandte zu sehen scheint. Schwan: Da die Humboldt-Viadrina School of Governance - kurz HVSG – aus Gründen ihres „Governance-Verständnisses auf eine enge Kooperation mit der organisierten Zivilgesellschaft angelegt ist (...), entsprach die Über-

weisung voll den Aufgaben und Vorhaben des HVSG-Projektes und ist somit gerechtfertigt“.

NRW-Verfassungsrichter Löwer zur Wirtschaftswoche: „Ein Rechnungshof oder ein Staatsanwalt könnte Bedenken haben, daß hier Geld zweckwidrig verwendet worden sei.“

Eingeschränkt glaubwürdig

Die Geschichte ist beendet. Was bleibt, ist ein fahler Beigeschmack. Es riecht intensiv nach „Bananen-Republik“. Da gibt es eine Universitäts-Präsidentin, die bald Bundespräsidentin werden will, aber nicht weiß, wie man „Spenden-Fettnäpfen“ ausweicht. Immerhin bot sie ihre „Dienstleistung gemeinsam mit ihrem Mann auf Briefpapier der Viadrina an. Und da gibt es den „Korruptions-Jäger“ Peter Eigen, der sich als moralische Instanz für Transparenz im Wirtschaftsleben einsetzt, aber alles andere als transparent erscheint. Das paßt in diesem Fall alles nicht zusammen. Wie heißt es doch so schön im neuen Gesundheitsdeutsch?: *„Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen sie.....?“* Ja wen denn? Wohl nicht Peter Eigen! Wir lernten schon bei der Unicef-Spendenaffaire: Der Fisch stinkt vom Kopf! Sehr „trocken“ zieht die Wirtschaftswoche das Fazit der Geschichte: *„Nach diesem Versuch ist Schwan nur noch: eingeschränkt glaubwürdig“.*

Aber es bleibt noch ein weiteres ungutes Gefühl: Die Affaire Schwan/ Ratiopharm wäre doch eigentlich so richtig geeignet für Schlagzeilen in der Investigativ-Presse. Es blieb im deutschen Blätterwald aber auffällig ruhig. Es war wohl den „geneigten“ Medien nicht so recht der Stoff, aus dem Präsidententräume gemacht werden. Wieder stellt sich die Frage: Welch ein ungeheures Rauschen im deutschen Medienwald hätte es wohl verursacht, wenn etwa Horst Köhler statt Gesine Schwan der Akteur gewesen wäre?

Gesine und der liebe Gott

Zurück zu Frau Gesine. Eher unsäglich ist ihr öffentliches Bekenntnis zum Glauben. Sie bete regelmäßig, morgens vor dem Aufstehen, erklärt sie der interessierten (?) Öffentlichkeit. Und fährt fort: „Ich bin nie, mein ganzes Leben lang nicht, zu einer regulären Beichte in die Kirche gegangen. (...) Ich beichte nicht beim Priester, sondern direkt vor Gott“ (Hamburger Abendblatt, 23.11.04). Wenigstens sagte sie „vor Gott“ und nicht „bei Gott“. Zuzutrauen wäre ihr jedenfalls auch diese Wortwahl.

Schon als Kind, sagt Frau Schwan, sei ihr das Gebet wichtig gewesen. Es sei ihr tröstend und verpflichtend zugleich vorgekommen. Zum Beispiel habe sie als Kind ein Gelübde abgelegt, als ihre Schildkröte weggelaufen war. „Ich habe Gott versprochen, wenn er die Schildkröte zurückschicke, dann würde ich immer in den Gottesdienst gehen.“ Eines Tages kehrte die Schildkröte zurück. „Und ich habe mein Gelübde gehalten. Ich bin sehr lange alleine sonntags in den Gottesdienst gegangen, eine halbe Stunde Fußweg hin und wieder zurück.“ Amen.

Der frühe Krebs-Tod ihres geliebten Ehemannes, Prof. Alexander Schwan, war für sie schmerzlich, hinderte sie aber nicht daran, die geneigte Öffentlichkeit an ihrem Schicksal teilnehmen zu lassen. Damals habe sie sich entscheiden müssen, ob sie ihrem Mann die Wahrheit über den Stand seiner Krankheit sagen solle, oder ob sie schweigen und allein klarkommen wolle. „Ich habe geschwiegen und lange Zeit mit einer Lüge gelebt“, erklärt sie später. Sie sei täglich eine Stunde in den Wald gegangen, „weil mich meine Schuldgefühle fast zerrissen hätten“. Über die Presse verlautete sie: „Erst war ich wie gelähmt. Ich konnte gar nichts tun. Ich war nicht in der Lage, die Zimmer der Kinder aufzuräumen. Ich

habe überhaupt nichts gefühlt. Das ging eine Zeit so. Dann kam die Wut. Da konnte ich nicht an mir. Ich habe viel mit Gott gescholten. Es war falsch, was er mit mir machte...“

Weiter sagt Gesine Schwan: *„Mein Glaube ist durch tiefe Zweifel gegangen. Nicht an Gott selbst, sondern an der Güte Gottes. Letztendlich hat es aber geholfen, daß ich mit Gott sprechen konnte. Ich hatte immer ein Gefühl von seiner Präsenz. Ich rede mit jemandem, der nicht wie wir Menschen ist, aber personal. Für mich ist da jemand.“* (a.a.O.)

Trauer und Glaube sind sehr intime Vorgänge. Sie öffentlich zu machen, nimmt ihnen den gebotenen Respekt - und erinnert ein wenig an die biblischen Pharisäer.

„Ich sah an alles Tun, das unter der Sonne geschieht, und siehe, es war alles eitel und Haschen nach Wind.“ (Pred. 1, 14)

Schwan scheut sich auch keineswegs, öffentlich zu bekennen, daß sie sich damals einer Psychoanalyse unterzogen habe, die sie von ihrer „Zerrissenheit“ befreite. „...Dabei hat sich auch gezeigt, daß meine Schuldgefühle schon viel älter waren. Zu suchen in Selbstüberforderungen und dem Nicht-Wahrnehmen-Wollen, daß Menschen, die mir lieb und teuer waren, mir auch wehtaten...“ (Morgenpost, 12.8.08). Um Aufmerksamkeit zu erringen, wird von der Dame eben alles ohne Scham und Scheu „öffentlich“ gemacht, wozu wohl auch ihre erklärte Liebe zum Nacktbaden gehört.

Was ist das, was die Schwan da vorlegt? Zurschaustellung des Egos, Profilneurose? Würde man solches je von Horst Köhler hören?

Das „gerupfte Suppenhuhn“

Der ehemalige DDR-Bürger und Liedermacher Wolf Biermann, gerade zum Ehrendoktor der Humboldt Universität Berlin ernannt, sagt dazu (DLF 20.6.08):

“...Ich dachte, die könnte ganz gut sein als Präsidentin. Aber jetzt, wo sie sich von der SPD mißbrauchen läßt aus Gründen, die ich nicht ermessen kann - ich weiß nicht, ob es Geltungsgier oder Naivität ist; beides keine Eigenschaften, die für das Amt eines Bundespräsidenten günstig sind - kriege ich doch einen Schreck. Und wenn ich daran denke, daß sie sich nur mit Hilfe dieser linken Mumien des alten totalitären Machtapparates der DDR in dieses Amt wählen lassen will, dann kriege ich einen doppelten Schreck und denke, wie will die denn für mehr lebendige Demokratie in Deutschland sorgen - das hat sie nämlich neulich irgendwo geäußert -, wenn sie sich von diesen Kanailen des alten Regimes wählen läßt? (...) Ich hoffe, sie scheitert, und zwar sowohl ihr zu liebe, ihr selbst zu liebe als auch den Deutschen zu liebe. Das ist grauenhaft! Wenn ich solche Spottlieder noch schreiben würde, würde ich ein Spottlied darüber schreiben, daß sich diese kluge und schöne Frau Schwan rupfen läßt (...) und zu einem Suppenhuhn machen läßt und in den SPD-Topf hauen läßt. Und das Feuer dadrunter, damit es gekocht wird, liefert noch die sogenannte Linke. Das sind diese ehemaligen Spitzel des DDR-Regimes (...) und diese Trauergestalt des Populismus, Lafontaine...“. Und Biermann an anderer Stelle: *„...auch so kluge Menschen scheitern dann möglicherweise auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten an ihrer Geltungsgier...“*

Die Polen, die Vertriebenen und die „Buß- und Scham-Beauftragte“

Der „Polen-Blick“

In seinem im Jahre 2005 veröffentlichten Buch „Fischer ohne Maske“ (WPR-Verlag, Hamburg/Die Deutschen Konservativen) legt der Autor (Peter Helmes) dar, unter welcher einem komplexen Person und Handlungsfähigkeit des früheren deutschen Außenministers Joseph Fischer leiden: Sein Geschichtsbild bzw. die Rolle Deutschlands nimmt er ausschließlich aus der „Holocaust-Perspektive“ wahr und glaubt deshalb, sich überall auf der Welt zuerst einmal für die Verbrechen der Deutschen entschuldigen zu müssen. Die Geschichte Deutschlands umfaßt aber weit mehr als die unseligen Jahre unter Hitler - ohne die Verbrechen relativieren zu wollen. Wer aber stets im Büßergewand umherzieht, dem fehlt es an Persönlichkeit.

Ganz ähnlich im Falle Schwan. Doch anders als bei Fischer heißt ihre Blick-Störung „Polen“ – mit einer Verkrampftheit, als gäbe es drüben nur „Gute“. „Die Beziehungen zu Polen waren ihr Herzensangelegenheit“, sagte Brandenburgs Wissenschaftsministerin Johanna Wanka über Schwan anlässlich der Umwandlung der „Viadrina“ in eine Stiftungsuniversität (1. März 2008). Schwan sei ein „*Aushängeschild für Weltoffenheit und Toleranz*“, was sich vor allem an den guten Kontakten Schwans zu Polen zeige. Ein etwas seltsames Bild von „Toleranz“, wie noch darzustellen ist.

In einem Beitrag Gesine Schwans für das Monatsmagazin „Cicero“ (2006) schrieb sie unter der Überschrift „*Die Polen sind uns überlegen...*“ u. a.: „...*zumindest in politisch-kultureller Hinsicht. Denn der Nachbar jenseits der Oder hat uns Deutschen zwei Dinge voraus: Tatkraft und Zuversicht.*“

Eine asymmetrische Beziehung ist für eine gute Partnerschaft und ein gegenseitiges Einvernehmen nicht gerade förderlich. Das wissen wir aus privaten Erfahrungen. Es gilt aber auch für Nationen. Zwischen Polen und Deutschen geht es bisher noch nicht sehr symmetrisch zu: Viele Polen sprechen deutsch, wenige Deutsche polnisch, Polen interessieren sich für Deutschland und wissen über das Land viel mehr als umgekehrt. Umfragen zeigen, wie viel mehr Deutsche gegenüber Polen negative Vorurteile bewahren als Polen gegenüber Deutschen, und dies, obwohl man zumindest angesichts der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts eher das Gegenteil erwarten sollte.

Polen finden die Deutschen zwar nicht immer sympathisch, und ihnen fällt auf Anhub – wenn sie danach gefragt werden – die bittere Erfahrung der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg ein, aber auch die hohe wirtschaftliche Tüchtigkeit, von der sie lernen zu können meinen. Deutschen fällt nur Negatives ein: Rückständigkeit, Unfähigkeit zu wirtschaften, religiöser Konservatismus. Von der EU-Erweiterung erwarten sich Polen mehrheitlich eine Verbesserung ihrer Lage, Deutsche sehen mit Sorge auf zusätzliche finanzielle Belastungen

Überhaupt, auch unabhängig von der EU-Osterweiterung, schauen Polen sehr viel zuversichtlicher in die Zukunft als Deutsche – eine Asymmetrie, die sich auf längere Sicht sehr zugunsten der Polen auswirken kann. (...) Trotz Jahrzehnten, die sie unter der kommunistischen Diktatur verbracht haben, sind die Polen den Deutschen in dieser Hinsicht politisch-kulturell überlegen...“

Das schreibt eine Frau, die sich soeben anschickt, Präsidentin aller Deutschen zu werden. Vielleicht hätte sie den Text als Bewerbungsschreiben eher nach Warschau senden sollen.

Verhöhnung der Vertriebenen

Enttäuscht werden auch Millionen Deutscher, die großes Leid, Elend und Verfolgung erlebt haben: die Vertriebenen. Gesine Schwan scheint für ihre Schicksale nichts übrig zu haben. Sie möchte das Geschehen der Vertreibung, vor allem der Deutschen aus Polen, am liebsten ungeschehen machen.

Zu ihrer Nominierung zur Bundespräsidenten-Kandidatin erklärte der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Jochen-Konrad Fromme MdB, in aller Deutlichkeit:

„Die Entscheidung der SPD, Frau Prof. Gesine Schwan als Gegenkandidatin zu dem amtierenden Bundespräsidenten Horst Köhler aufzustellen, ist aus Sicht der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler scharf zu kritisieren.

In ihrer Funktion als Koordinatorin für Polen hat sie die Interessen der Vertriebenen und ihrer Verbände in unzulässigem Maße unberücksichtigt gelassen.

Obwohl CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, „in Berlin ein sichtbares Zeichen zu setzen, um in Verbindung mit dem europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität - über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“, hat sie sich zu einem Zeitpunkt, wo sich die Verhandlungen mit Polen in einer der schwierigsten Phasen befanden, fortwährend gegen ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin - und dies in jeder Form – ausgesprochen.

Ihr Verhalten und ihre Äußerungen waren der Sache der Vertriebenen im hohen Maße unzutraglich und kontraproduktiv.

Oft entstand zudem der Eindruck, daß sie sich von persönlichen Antipathien treiben ließ, ohne sich sachlich mit dem Thema auseinanderzusetzen, Ja, sie hat geradezu versucht, Polen gegen dieses Koalitionsvorhaben zu instrumentalisieren.

Die Spekulationen der SPD, gerade in Frau Prof. Gesine Schwan eine Kandidatin für das höchste Amt Deutschlands zu sehen, ist ein Schlag ins Gesicht der Belange der Vertriebenen und Spätaussiedler. Ihr fehlt das Grundverständnis für die Vertriebenenverbände und deren Wahrnehmung ihrer Aufgaben.“ Soweit der Sprecher der Vertriebenen in der Unions-Fraktion.

In der Vertriebenen-Zeitung der „Schlesier“ schreibt der Journalist Maximilian Sobota in seiner wöchentlichen Kolumne noch drastischer, was er von der Kandidatur Schwans hält:

„Diese linke Figur kriecht ja den Polen förmlich in den Hintern und möchte das Geschehen der Vertreibung, das wohl das größte Verbrechen der Polen an der deutschen Bevölkerung war, am liebsten vergessen machen, weil sie auch in ihrer Eröffnungsrede (Anfang Juni in Petersdorf/ Schlesien bei der Einweihung eines Denkmals, d. Verf.) zu „Gelassenheit gegenüber den Polen“ aufrief...“

„Gelassenheit gegenüber Polen“? Man faßt es nicht, daß eine mögliche Bundespräsidentin so argumentiert und auch noch „kontern mit ein bißchen Humor“ fordert:

Die deutschen Heimatvertriebenen sollten - so meint sie es wohl und so sagt sie es auch - ihrer „Vertreibung Gleichgültigkeit entgegensetzen“, vielleicht auch „mal mit ein bißchen Humor kontern“. Das ist verletzend und zynisch. Hunderttausende vergewaltigter Frauen und Mädchen, Entrechtete

und Ermordete – „mit ein bißchen Humor kontern“? Wie soll man eine solche Kaltherzigkeit bezeichnen? Wie soll eine solche Frau je die vielen Millionen Vertriebenen als Bundespräsidentin vertreten können? Die Entscheidung der SPD, gerade die „deutsch-polnische Versöhnerin“ Schwan als Kandidatin für das höchste Amt des Staates auszuwählen, ist fürwahr ein Schlag ins Gesicht der Vertriebenen.

„Nachgeordnete Opfer“

An der Universität Viadrina praktiziert sie unentwegt die enge Anbindung an Polen. Ihr Polen sieht aber nur das Polen in der Opferrolle und Deutschland in der Rolle des Täters. Diese Gutmensch-Maxime ist wie die des Joseph Fischer: So wie er zu seiner Zeit, ist sie nun die „Buß- und Schambeauftragte der Bundesrepublik Deutschland“. Sie kritisiert nachdrücklich Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, wegen deren Engagements für eine Vertriebenen-Gedenkstätte in Berlin. Das Credo der Kandidatin lautet offenbar: Die 13 – 15 Millionen deutschen Vertriebenen sind vermutlich allenfalls „nachgeordnete Opfer“. Diese Schwan´sche Sicht der Historie nach dem Zweiten Weltkrieg läßt sich in einem Satz zusammenfassen:

Am besten Schwamm drüber! Vergessen wir, was nach 1945 geschehen ist! Aber umgekehrt dürfen die “deutschen Verbrechen“ natürlich niemals vergessen werden.

„Geh, leg Dein Bußgewand ab, und zieh Deine Schuhe aus!“ (Jesaja, 20,2)

In einem Interview mit der SHL (vom 28. Juni 2008) sagt sie u. a. auf die Frage nach der Vertreibungsgedenkstätte in Berlin:

„...Die Polen haben die Furcht, daß ihre Opferrolle unter den Tisch fällt, wenn wir Deutsche uns in erster Linie um den Holocaust und die eigenen Verbrechen in Rußland kümmern und nun auch noch den Anteil der Polen an den Vertreibungen in den Vordergrund rücken. Da bleibt für das polnische Leid kaum noch etwas übrig. Klar ist für mich, daß sich das „sichtbare Zeichen“ (Vertriebenen-Gedenkstätte in Berlin, d. Verf.) auf der Höhe der historischen Forschung bewegen und Ursachen und Wirkungen benennen muß...“

Frau Gigi Romeiser (Adresse liegt dem Verfasser vor) führte mit Gesine Schwan einen sehr nachdenklich stimmenden Schriftwechsel, dessen Abdruck sie ausdrücklich erlaubt hat. Hier die Wiedergabe (mit nicht sinnentstellenden Kürzungen, da der gesamte Umfang 12 Seiten umfaßt):

11. April 2007

Sehr geehrte Frau Professor Schwan, schon mehrfach habe ich gelesen, sie lehnten die Einrichtung eines Zentrums gegen Vertreibung ab. „Es würde die deutschen Vertriebenen in einer Opferrolle darstellen, die nicht dem tatsächlichen Geschichtsverlauf entspricht“, werden Sie in einer AP-Meldung zitiert.

Meinen Sie das wirklich?

Das spräche für die Rechtfertigung schwerster Kriegsverbrechen und für eine erschreckende Mitleidlosigkeit diesen vertriebenen Menschen gegenüber, denen man die Heimat, Hab und Gut – einfach alles genommen hat und die auf ihren Todesmärschen unsägliches Leid haben erdulden müssen. 17 Millionen Deutsche sind vertrieben worden, als Hitler nicht mehr lebte. Von Deutschland ist keine Gefahr mehr ausgegangen. Dennoch sind sehr viel mehr Deutsche nach dem Krieg ermordet worden als während des Krieges.

Die Vertriebenen sind beraubt, gedemütigt, diffamiert, erniedrigt, mißhandelt, gefoltert, vergewaltigt, geschändet, erschlagen, erschossen und bestialisch ermordet worden. Umgekommen sind bei diesen Greueltaten vor allem Frauen und Kinder! 3,5 Millionen!...

Sie meinen, dies seien keine Opfer gewesen?...“

(Es folgt die Beschreibung der schlimmsten Greueltaten, vor allem an jungen Mädchen und Frauen. D. Verf.)

„...Und die Welt hat zugesehen!!! Doch es hat eben nur Deutsche betroffen. Die Haager Konvention hat – Gott sei’s geklagt – für Deutsche nicht gegolten.

Churchill hat erklärt: „Arbeit, Leben und Eigentum aller Deutschen stehen in der vollen Verfügungsgewalt der Sieger“. Je länger die NS-Zeit zurückliegt, um so lauter werden die Anklagen und die Schuldzuweisungen gegen unser Volk. Und in demselben Maße sinkt die Bereitschaft unserer „Gesellschaft“, der eigenen Opfer zu gedenken.

Man muß aber, so meine ich, ihrer und ihrer Not und Leiden gedenken dürfen, um ihnen ihre Würde zurückzugeben. (...)

Sie (Frau Schwan) sprechen in Ihrem oben zitierten Satz den „tatsächlichen Geschichtsverlauf“ an. Darauf möchte ich gerne eingehen. Ich erinnere mich noch, wie sehr ich mich über eine Sendung des Öffentlich-Rechtlichen Fernsehens empörte, in der die Vertriebenen als die „letzten Opfer Hitlers“ verhöhnt worden sind. Diese historische Verkürzung ist ein unzulässiges Konstrukt, den Deutschen die Schuld an allen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges aufzubürden.

Jedes Verbrechen hat seine eigenen Täter; schlimm genug, daß niemand zur Rechenschaft gezogen worden ist, der an

diesen unvorstellbaren Greuelthaten beteiligt gewesen ist, sie angeordnet oder billigend in Kauf genommen hat.

Ihr Gedanke läßt evtl. den Schluß zu: Wer anfängt, ist an allem Schuld? Der Luftkrieg gegen zivile Ziele hat seinen Anfang im September 1939 auf die deutschen Städte Wilhelmshaven, Cuxhaven sowie Westerland, Stettin und Sylt genommen und nicht im November 1940 auf Coventry (Ziel: die Zerstörung der Flugzeugmotorenwerke). London ist erst am 7. September 1940 nach dem 8. (!) planmäßigen Terrorangriff auf Wohnviertel Berlins von der deutschen Luftwaffe bombardiert worden!

Wir kommen also, sehr geehrte Frau Professor Schwan, mit der „Wer-hat-angefangen-Debatte“ nur zu wechselseitigen Schuldzuweisungen, daraus können keine Lehren für die Zukunft gezogen werden.

Versöhnung funktioniert nicht, wenn man dem Gegner die Verantwortung für seine Taten abnimmt. Es kann auch nicht angehen, daß man die Verbrechen der Anderen als Vergeltung der Taten Hitlers billigt.

Die Vertriebenen sind die Opfer der Unmenschlichkeit der Sieger gewesen – und heute sind sie Opfer der Diffamierung durch unsere Medien, Historiker, Personen des öffentlichen Lebens und Politiker. Unerträglich ist, wenn Deutsche die Verbrechen der Sieger an Deutschen rechtfertigen, verharmlosen oder billigen. (...)

Ich habe Ihre Abhandlung gelesen „Ich habe einen Traum“ („Zeit“ 17.08.2006). Ihre Gedanken zum Tod Ihres Gatten, den ich noch gut in Erinnerung habe als Referenten beim Hessischen Elternverein vor vielen Jahren in Bad

Homburg. Ihre Gedanken zum Alleinsein und zur Partnerschaft, zur Familie und zu Kindern haben mich sehr beeindruckt.

Sie, sehr geehrte Frau Professor Schwan, sind 1943 geboren, ich 1939. Wir haben als Kinder das Glück gehabt, diesem oben mit wenigen Beispielen beschriebenen Inferno zu entgehen. Als Familienmütter kann es uns nicht schwerfallen, dem Leid der Mütter nachzuspüren, deren Kinder erfroren, verhungert, vergewaltigt, erschlagen, gefoltert oder ermordet worden sind.

Und es kann nicht anders sein, daß wir in diesen Kindern und ihren Müttern Opfer sehen, auch wenn wir beide im einzelnen über viele Dinge sicher unterschiedlicher Meinung sind.

*Mit freundlichen Grüßen
Sigi Romeiser*

Auf diesen (im Original) vierseitigen Brief antwortet Gesine Schwan auf einer knappen Seite (Briefbogen der Viadrina) am 30.05.2007:

Sehr geehrte Frau Romeiser,

haben Sie Dank für Ihren Brief vom 11. April 2007, in dem Sie sich zu einem Interview, das ich gegeben habe, äußern. Sie unterstellen mir nach diesem kleinen Beitrag sehr viel, und es hätte vielleicht nahe gelegen, genauer zu prüfen, was ich im Einzelnen gesagt habe. Aber ich will Ihnen noch einmal kurz erläutern, weswegen ich gegen das Zentrum, so wie es Frau Steinbach und der Bund der Vertriebenen vorsehen, spreche.

Niemand in Deutschland und in Polen wendet sich dagegen, an die Opfer dieser leidvollen Geschehnisse zu erinnern und sie zu betrauern. Das Problem beginnt dort, wo die Autoren des gegenwärtigen Konzepts damit eine Geschichtsrevision

insofern verbinden, als sie die auch vom Bundespräsidenten Köhler immer wieder unterstrichene kausale Abfolge zwischen Nationalsozialismus und Vertreibung verändern. Sie bestreiten nicht – vergleichen Sie dazu bitte das Interview, das Frau Steinbach am 4. September 2006 im Deutschlandfunk gegeben hat - , daß die Vertreibung zeitlich nach dem Nationalsozialismus stattgefunden hat, aber sie sehen darin nur einen Anlaß für Absichten, die schon vor dem Nationalsozialismus bestanden hätten und für die der Nationalsozialismus gleichsam, so die Formulierung von Frau Steinbach, lediglich die Türen geöffnet habe. Diese Verschiebung der Verantwortung und auch der Schuld ist es, die Unfrieden sät und die tief ungerecht ist gegenüber den Polen, die schließlich von Deutschland angegriffen und von denen mehrere Millionen umgebracht worden sind und nicht umgekehrt.

Ich bleibe auch dabei, daß eine Gleichsetzung aller Vertriebenen als Opfer der historischen und moralischen Bedeutung der damaligen Handlungen nicht entspricht. Es macht einen Unterschied, ob ein aktives SS-Mitglied, das Hitlers Überfall auf Polen willkommen geheißen hat, vertrieben worden ist oder ein deutscher Widerstandskämpfer.

Es wäre freundlich von Ihnen, wenn Sie den Zusammenhang, in dem meine Äußerungen stehen, genauer betrachteten.

*Mit verbindlichen Empfehlungen
Professorin Dr. Gesine Schwan*

Frau Romeiser antwortet am 5.7.2007 auf diesen Brief wie folgt (wieder auszugsweise wiedergegeben, da das Original fünf Seiten umfaßt):

Sehr geehrte Frau Professor Schwan,

für Ihren mehr als enttäuschenden Brief (v. 30.05.07) auf meine ausführliche Beschreibung der Vertreibungsverbrechen (v. 11.4.07) darf ich mich bedanken. Sie wünschen die kausale Abfolge zwischen Nationalsozialismus und Vertreibung beachtet zu wissen. Aber so, wie die Abfolge von Ihnen interpretiert wird, unterliegen Sie einem Irrtum. Der Wille zur Vertreibung der Deutschen hat in Polen lange vor Hitler begonnen.

Um der Argumentation Redlichkeit zu verleihen, darf man nicht ausschließlich den Blick auf 1939 richten, man muß 1918 beginnen, denn nur so kann historisch korrekt – nicht politisch korrekt – diskutiert werden!

Ihre verantwortungsvollen Posten als Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), als Schirmfrau der Gemeinschaft für studentischen Austausch in Mittel- und Osteuropa und als Mitglied im Kuratorium des Europäischen Jugendparlaments in Deutschland müssen für Sie Verpflichtung sein, die durch die Öffnung vieler Geheimarchive inzwischen vorliegenden Fakten weiterzugeben. Sie haben Geschichte und Politikwissenschaft studiert, Sie sind besonders legitimiert, die jungen Menschen, die hier wie dort selbst nicht schuldig geworden sind, aufzuklären, da nur dadurch eine dauerhafte Versöhnung zustande kommen kann.

Die deutsche Schuld ist hinlänglich bekannt, sie wird uns Nachgeborenen täglich vor Augen geführt, vor allem den deutschen Schülern in nahezu allen Schulfächern. Ich erlaube

mir deshalb – aus aktuellem Anlaß – mich heute mit Polen zu befassen. Da Sie - gleich mir – Wert auf die kausalen Zusammenhänge legen, beginne ich mit 1918 – ja sogar 1916...“

(In den folgenden drei Seiten ihres Briefes weist Romeiser auf verschiedene politische und historische Ereignisse zwischen 1916/18 und 1939 hin, die ihre Ausgangsposition und Argumentation unterstreichen).

Frau Romeiser beschließt Ihren Brief an Schwan mit folgendem Fazit:

„...Eine juristische und moralische Aufarbeitung dieser unheilvollen 20 Jahre hat es bis heute nicht gegeben. Um der Redlichkeit willen darf das, was in der Zeit von 1918 bis 1939 in und durch Polen geschah, nicht verschwiegen werden.

Niemand konnte mir erklären, wie die polnische Regierung während des Europa-Gipfels im Juni diesen Jahres auf die Zahl von 66 Millionen Einwohner kam, die sie hätten, ohne die Kriegsjahre 1939 bis 1945. Viele allerdings konnten mir erklären, wie die Zahl von 6 Millionen Opfertoten zustande kam. Im „Statistischen Jahrbuch“ Polens aus dem Jahre 1956 findet sich eine Gegenüberstellung der polnischen Bevölkerungszahlen von 1931 – insgesamt 29,892.000 Einwohner – und von 1946 mit 23.625.000 Einwohnern. Damit hat Polen 6,2 Millionen seiner Gesamtbevölkerung verloren. Bei dieser Rechnung werden auch schon 1931 die Städte Allenstein, Danzig, Köslin, Stettin, Grünberg, Breslau und Oppeln zu Polen gezählt, wo zu dieser Zeit 8.353 Millionen Deutsche lebten und nochmals 267.251 Deutsche in Danzig. Bei den Zahlen von 1946 fehlen schließlich 3.378 Millionen Deutsche, die bis dahin geflohen, vertrieben oder ermordet worden waren, und auch die Opfer Stalins, dessen Truppen am 17. September 1939 Polen angegriffen hatten. (Unterstreichungen von Romeiser, d. V.)

Der Historiker Dr. Alfred Schickel dazu: „Eine solche Rechnung ist nicht nur fehlerhaft, sie verletzt auch die an anderer Stelle gewürdigte moralische Kategorie, wenn die um Haus und Hof gebrachten heimatvertriebenen Ostdeutschen dann auch noch als statistisches Material hergenommen werden“.

Die Ausführungen beweisen, daß das Verbrechen der Vertreibung nicht durch Hitler verursacht, sondern lange vor ihm geplant worden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Gigi Romeiser

(Anmerkung des Verfassers: Interessenten am kompletten Schriftwechsel zwischen Frau Romeiser und Frau Schwan können einen Abdruck beim Herausgeber anfordern. Vielleicht liegt bis dahin auch die Antwort Schwans auf den Brief Romeisers vor.)

Für Deutsche keine Enteignungs-Entschädigung

Eines macht der Schriftwechsel Romeiser/Schwan unzweideutig klar: Die Kandidatin zur Bundespräsidentenwahl kann gewiß Polen vertreten, Deutschlands Millionen Vertriebene aber gewiß nicht. Die Vertriebenen und besonders die Spätaussiedler vermissen zum Beispiel auch eine Stellungnahme der „Polen-Beauftragten“ zu der Absicht der polnischen Regierung, Entschädigung für kommunistische Enteignungen nicht an Deutsche zu zahlen.

Polen will die schon seit längerer Zeit geplanten Entschädigungen für Enteignungen unter kommunistischer Herrschaft offenbar so gestalten, daß die Deutschen weitgehend leer ausgehen würden. Der aktuelle Gesetzentwurf der polnischen Regierung sieht Entschädigungsleistungen von insgesamt 20 Milliarden Zloty – das sind rund 6 Milliarden Euro – vor. Das entspräche etwa zwanzig Prozent der auf rund 100 Milliarden Zloty geschätzten Enteignungswerte, darunter auch das während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg geraubte, aber nicht zurückgegebene Eigentum. Das Gesetz soll möglichst im Januar 2009 in Kraft treten.

Deutsche Vertriebene werden ebensowenig von den geplanten Entschädigungen profitieren können wie die Spätaussiedler, die das Land unter der kommunistischen Herrschaft verlassen haben. Der Gesetzentwurf spricht nur die an, die zum Zeitpunkt der Enteignung polnische Staatsbürger waren. Deutsche aus den früheren Ostgebieten des Reiches sind als damalige „Feinde des polnischen Volkes“ von der Zahlung ausgeschlossen.

Es trifft aber auch die Deutschen, die nach dem Krieg in Polen blieben, die polnische Staatsbürgerschaft erhielten und erst in späteren Jahren aussiedelten. Auch diese Personen werden

durch eine Klausel im Gesetzentwurf von der Zahlung ausgeschlossen, laut der nur Vermögenswerte berücksichtigt werden, die vor 1962 enteignet wurden. Das ist bitter für die meisten deutschen Spätaussiedler, die zumeist erst später Polen verlassen und ihr Eigentum zurückgelassen haben. Von der Polen-Beauftragten der deutschen Bundesregierung erwarten die Vertriebenen und Spätaussiedler wohl vergeblich Unterstützung – und sei es nur moralische.

Wohlthuend anders aber Horst Köhler zu den Vertriebenen. In seiner Ansprache zum 38. Bundestreffen der Bessarabien-Deutschen (01.06. 2008 in Ludwigsburg) begrüßte er das wachsende Interesse vor allem der jungen Menschen an den Lebenswegen ihrer Eltern und Großeltern und sagte:

„...Die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ist untrennbar mit der deutschen und europäischen Geschichte verwoben – und die Beschäftigung mit ihr eine wichtige Voraussetzung für eine gute gemeinsame Zukunft in Europa. Und es ist auch gut, daß künftig ein „Sichtbares Zeichen“ das Gedenken an das Unrecht von Vertreibungen und das damit verbundene menschliche Leid wachhalten soll. Wichtig ist dabei, daß die Erinnerung an das individuelle Leid der Opfer die historischen Ursachen von Flucht und Vertreibung immer im Blick behält. Wichtig ist auch, daß dieses Projekt in ein „Europäisches Netzwerk der Erinnerung und Solidarität“ eingebunden werden soll. Denn so entsteht eine Art von Erinnerung, die ohne Forderungen oder einseitige Anklagen daherkommt; eine Erinnerung, die wir Europäer teilen – statt daß sie uns teilt. (...)

Schwan? Nein, danke!

Einen „Großen“ der „anständigen Deutschen“ hätten wir beinahe vergessen – Gerhard Schröder. Der lobpreist die Kandidatin und verweist immer wieder stolz darauf, daß er sie 2004 für die rot-grüne Koalition ausgesucht und hoffähig gemacht habe. Daraus wurde dann zwar nichts, aber ein kleines „Trostpflaster“ konnte Schwan doch einstecken: Nach ihrer vergeblichen Kandidatur hat sie *„Schröder mal eben 50 Millionen Euro aus den Rippen geleierte“* (Financial Times D.), natürlich nicht fürs eigene Portemonnaie, sondern für ihre Universität Viadrina. Mit dem Geld konnte sie, wie schon beschrieben, ihre Hochschule zu einer Stiftungsuniversität nach amerikanischem Vorbild umwandeln (FTD 22.05.08).

Ja, beim Geldsuchen ist die Schwan höchst erfindungs- und erfolgreich – wenn auch manchmal auf bedenklichen Wegen, wie das Kapitel zu Schwans Spendenwerbung gezeigt hat.

Ob sie die Wahl gewinnt, ist noch offen. Wichtig ist ihr sicher eines: Hauptsache, sie war dabei, und sie stand im Mittelpunkt. Sie hat noch viel vor und viele große Pläne. Ein „aktiver Ruhestand“ mit ihrem Mann Peter Eigen sei ihr von Herzen gegönnt. Bundespräsidentin muß sie dazu nicht werden.

Eine kleine Selbstdarstellung des Herausgeber

1980 wurde die „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gegründet, um Franz Josef Strauß bei seiner Kandidatur zum Bundeskanzler zu unterstützen. Initiatoren waren u.a. der Verleger Axel Springer, ZfM-Moderator Gerhard Löwenthal, Olympia-Siegerin Jutta Heine, Schachgroßmeister Ludek Pachman, und der ehemalige Redaktionsleiter der BILD-Zeitung in Bremen, Joachim Siegerist.

Die Geschäftsführung übernahm Peter Helmes, zuvor langjähriger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands. Der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gelang es, insbesondere außerhalb Bayerns, eine große Wählerschaft für Franz Josef Strauß zu mobilisieren.

Nach der Wahl galt es, die gewonnenen Freunde zusammenzuhalten und für die konservativen Werte in Gesellschaft und Politik weiterzukämpfen. Deshalb gründeten Ende des Jahres 1980 Löwenthal, Pachmann, Strauß-Anwalt Dr. Ossmann, Siegerist, Helmes u. a. die „Konservative Aktion e.V.“, aus der 1985 die Deutschen Konservativen e.V. entstanden.

Die Konservative Aktion e.V. schoß in den Achtzigern ein ganzes Feuerwerk politischer Aktionen ab. So wurde 1983 in der Bernauer Straße in Berlin das erste Loch in die Mauer geschlagen. An jedem 13. August und 17. Juni ging die Konservative Aktion nach Berlin oder an die Zonengrenze. An Tausenden von Luftballons ließ sie Flugblätter gegen die SED-Machthaber in die „DDR“ fliegen. Die „DDR“-Armee versuchte mit Hubschraubern die Flugblätter abzudrängen.

Als Gegengewicht zu den wütenden anti-amerikanischen Aktionen der Linken startete die Konservative Aktion bewußt pro-amerikanische Veranstaltungen. Der damalige US-

Präsident Reagan, zu dem Joachim Siegerist enge Kontakte hatte, dankte es dem Verband mit einem persönlichen Schreiben.

Auch nach dem Fall der Mauer sprachen sich die Deutschen Konservativen öffentlich gegen jegliche Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei PDS aus (seit 1998 bzw. 2001 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Koalition mit der SPD). Sie warfen den Sozialisten vor, ihre Anhängerschaft sei noch immer die gleiche sei wie zu „DDR“-Zeiten, als die SED Staatspartei war - was in Ostdeutschland auch weitgehend der Fall sei - und diese die alten Überzeugungen noch nicht abgelegt hätten.

Die Deutschen Konservativen kämpfen ebenso unnachgiebig gegen den Sozialismus, weil dieser menschenverachtend sei und die Freiheit jedes Bürgers beschneide. Dabei verweisen sie insbesondere auf die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und der sowjetisch dominierten sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Auf einer ihrer Demonstrationsveranstaltungen gegen eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sprachen in diesem Zusammenhang auch Vertreter der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und der „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“, um die Partei an ihre historische Verantwortung zu erinnern.

Heute sind DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. unbestreitbar die wohl bedeutendste demokratische, konservative Bewegung in Deutschland. Mit mehr als 40.000 Anhängern bestehen sie den täglichen Kampf gegen die Linken und die linken Medien.



Angriff von allen Seiten auf Horst Köhler.
SPD, LINKE, GRÜNE und die ehrgeizige
Gesine Schwan ziehen an einem Strang,
schnappen wie Krokodile nach dem
Amt des Bundespräsidenten.